Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: öS 8,-
P.b.b.

Erscheint jeden zweiten Montag. Redaktion: Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180,- Halbjahresabonnement S 100,- Zu beziehen über: KB Österreichs — Vertrieb

Nr.18/80
28.7.1980

Die Inflation nagt an den Löhnen

Schlimmste Teuerung seit Jahren

Um 7,1 Prozent waren im Juni die Verbraucherpreise höher als im Juni des Vorjahres. Die Teuerung schreitet damit bereits doppelt so schnell fort wie im Durchschnitt des Vorjahres, wo sie noch 3,6 Prozent betrug. Damit sind auch die Reden von der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der SP-Regierung, dank derer Österreich zu den Ländern mit der niedrigsten Inflationsrate zähle, als Humbug entlarvt. Unser Beitrag auf Seite 6 legt dar, warum die Inflation eine unvermeidliche Geißel des Imperialismus ist, und immer mehr zunehmen muß. Sie schert sich nicht um die Wünsche der Kapitalisten, und kann von ihnen nicht beseitigt werden. Beseitigt kann sie nur werden, wenn der Kapitalismus beseitigt wird. Den Kapitalisten kommt sie aber entgegen und wird von ihnen genützt, um sich ein noch grösseres Stück vom Reichtum der Gesellschaft anzueignen. Kein Kapitalist könnte es heute in Österreich wagen, einfach die Löhne herabzusetzen. Doch die Inflation, die Monat für Monat die Löhne der Arbeiter entwertet, während die Preise, die die Kapitalisten für ihre Waren erhalten, steigen, zwingt die Arbeiter dazu, Jahr für Jahr um die Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise zu kämpfen. Die Inflation treibt die Arbeiter von vornherein in die Verteidigungsposition, denn zuerst muß der Wert der Löhne verteidigt werden, bevor an einen Kampf um die die Steigerung des Reallohns gedacht werden könnte, bevor der Kampf um die Verteidigung des Wertes der Arbeitskraft überhaupt aufgenommen werden kann. Die Inflation gibt den Kapitalisten die Möglichkeit zu allerhand Manipulationen und Betrügereien – etwa mittels des Verbraucherpreisindex – sie ermöglicht ihnen durch die regelmäßig notwendig werdende Neuordnung des Lohngefüges die Spaltung der Arbeiter durch den Lohn voranzutreiben und durch sie sieht selbst der Lohnabbau noch wie eine Lohnsteigerung aus, auch wenn die Lohnerhöhungen schon hinter der Inflationsrate zurückbleiben.

Für die Arbeiter besteht kein Grund, bei der Lohnrunde im Herbst ungenügende Abschlüsse hinzunehmen "um die Inflation nicht noch weiter anzuheizen", oder was sonst noch für Begründungen gegeben werden mögen. Im Gegenteil, die beschleunigte Inflation macht es nur noch notwendiger, den Kampf um den Stop des Reallohnabbaus energischer zu führen. Die Metalllohnrunde und die Lohnrunde im öffentlichen Dienst werden entscheidend dafür sein, ob die schärferen Kämpfe in der drohenden Wirtschaftskrise die Arbeiterklasse stärker und einiger finden werden oder nicht.

Lesen sie dazu auch unseren Beitrag auf Seite 6.

General Motors rationalisiert weltweit



Die Opel-Arbeiter planen mit Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks gegen die Rationalisierungs- und Ausgliederungspläne von General Motors zu kämpfen

Die Verlegung von Komponenten der Opel-Produktion nach Spanien und Österreich soll einschneidende Rationalisierungen zur Folge haben und 5.000 Rüsselsheimer Opel-Arbeitern den Arbeitsplatz kosten. Die westdeutschen General-Motors Arbeiter führen einen erbitterten Kampf gegen das Rationalisierungs- und Ausgliederungsprogramm. Die österreichische Arbeiterklasse sollte diesen Kampf unterstützen.

Seite 7

Spendet für das Rote Kreuz Kampucheas

Das Volk von Kampuchea, das vor fünf Jahren die amerikanischen Imperialisten aus dem Land gejagt hat, um die sozialistische Revolution einzuleiten, kämpft nun einen heroischen Volksbefreiungskrieg gegen den vietnamesisch-sowjetischen Aggressor, der das Land verwüstet und das Volk auszurotten versucht. Der Kampf steht nun in der Übergangsphase von der Erhaltung der eigenen Kräfte zu wirkungsvollen Schlägen gegen die Besatzer.

Das Demokratische Kampuchea kämpft an vorderster Front gegen den sowjetischen Hegemonismus und die Kriegsvorbereitungen.

Das Zentralkomitee hat im März dazu aufgerufen, bis Ende Juli 200.000 Schilling für das Rote Kreuz von Kampuchea in einer öffentlichen Sammlung aufzubringen. Zehntausende Menschen wurden seitdem über den Befreiungskrieg des Demokratischen Kampuchea informiert, mehr als 2000 haben sich bis jetzt an der Sammlung beteiligt und 195.000 aufgebracht.

Die Spendensammlung geht jetzt in ihre Abschlußphase. Ihr bisheriger Verlauf zeigt die wachsende Bereitschaft zur internationalistischen Unterstützung Kampucheas durch das österreichische Volk und die Zurückweisung der chauvinistischen Lügen und Hetze der Bourgeoisie gegen die Regierung Kampucheas. Das ZK hat nun aufgerufen, das Spendenziel zu übertreffen und eine Viertelmillion für das Rote Kreuz von Kampuchea aufzubringen.

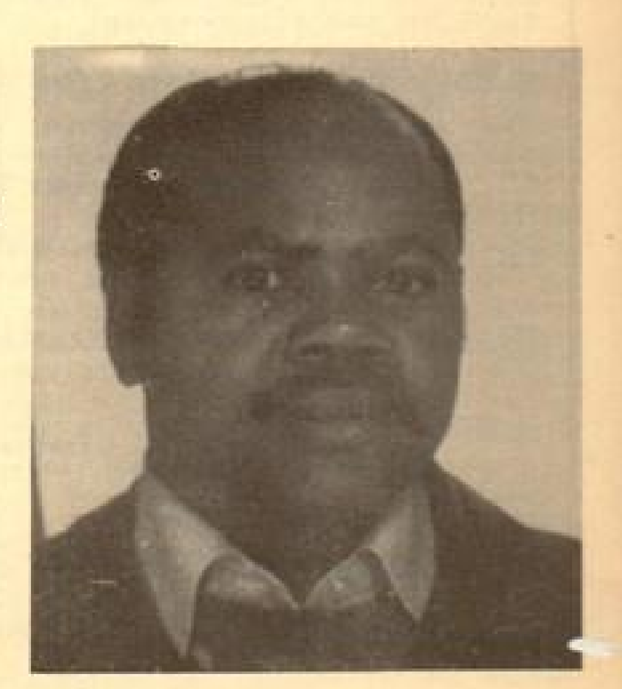
SPENDE AUF DAS KONTO: P.S.K. 1.319.824

Azania brennt

Azania (Südafrika) wurde zuletzt von einem vierwöchigen Streik der 3500 Arbeiter des VW-Werks erschüttert, der einen neuen Meilenstein im Kampf des Volks von Azania gegen die weiße rassistische Kolonialherrschaft und Teil einer ganzen Streikwelle, die große Teile der Bergbau- und Industriearbeiter Azanias erfaßte. Dem waren Protestaktionen der Schüler und Studenten vorausgegangen, die vom Regime brutal niedergeschlagen worden sind.

In den Massenkämpfen zeigten sich neue Momente des Volkskampfs: die Verbindung der Arbeiter- mit der Studentenbewegung, die Verbindung der wirtschaftlichen mit den politischen Kämpfen, die Einheit der Schwarzen und Farbigen.

Genosse Zola Sonkosi, Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses/Afrikanische Nationalisten (ANC/AN) für Westeuropa, hielt sich vergangenen Dienstag in Wien auf und führte mit Vertretern des Zen-



tralkomitees des KB Österreichs Gespräche und verfaßte einen Bericht für den KLASSENKAMPF.

Seite 3

Rotes Kreuz Kampucheas an den KB



CROIX ROUGE DU KAMPUCHEA DEMOCRATIQUE

Chers Amis,

Nous sommes extrêmement touchés en apprenant que nos amis ici en Autriche ont déployé des efforts pour apporter vos soutiens à la juste lutte du peuple du Kampuchea pour la défense de notre race et de notre pays. A un moment où la guerre de résistance se développe et à un moment où dans cette vaillante lutte notre peuple se trouve dans le besoin, vos soutiens constituent un encouragement inestimable que nous ne pouvons oublier.

Comme vous le savez, dans ces moments difficiles, la Croix-Rouge du Kampuchea Démocratique qui vit et partage les peines et les souffrances de notre peuple est entièrement dévouée pour apporter nuit et jour les aides et les réconforts selon nos possibilités. Elle tient par conséquent, à vous renouveler ses vifs et sincères remerciements et vous souhaite un plein succès dans vos efforts pour soutenir la lutte de notre peuple contre les expansionnistes et agresseurs vietnamiens.

Je vous prie d'accepter, chers amis nos salutations les plus cordiales et chaleureuses./.

Kampuchea, le 4 Juillet 1980



IENG THIRITH
Présidente

M. Walter LINDNER
Secrétaire du Comité Central
Ligue Communiste d'Autriche
Kleine Neugasse II/I8
I050 WIEN

Liebe Freunde!

Wir sind äußerst gerührt über die Nachricht, daß unsere Freunde hier in Österreich sich mit Anstrengung bemühen, zu Eurer Unterstützungsaktion für den gerechten Kampf des Volkes von Kampuchea, zur Verteidigung unserer Rasse und unseres Landes beizutragen. Zu einem Zeitpunkt, da sich der Widerstandskrieg entwickelt und zu einem Zeitpunkt, da in diesem tapferen Kampf unser Volk sich in Not befindet, stellt Eure Unterstützung eine unschätzbare Ermutigung dar, die wir nicht vergessen werden.

Wie Ihr wißt, opfert sich in dieser schweren Zeit das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea, das die Not und die Schmerzen unseres Volkes mitlebt und teilt, auf, um Tag und Nacht Hilfe und Stärkung nach unseren Möglichkeiten zu bringen.

Das Rote Kreuz legt daher großen Wert darauf, Euch nochmals aufrichtig und von Herzen zu danken und Euch einen vollen Erfolg bei Euren Anstrengungen zu wünschen, den Kampf unseres Volkes gegen die vietnamesischen Expansionisten und Aggressoren zu unterstützen.

Ich bitte Euch, liebe Freunde, unsere herzlichsten und wärmsten Grüße entgegenzunehmen.

Kampuchea, 4. Juli 1980
Madame Ieng Thirith
Präsidentin

SPENDENSTAND 27.7.80	
Wien:	131.020,64
Graz:	44.660,70
Salzburg:	29.187,40
MSB Sbg:	8.000,--
Knittelfeld:	800,--
Klagenfurt/ Celovec	6.828,90
	220.497,84



Partisanen errichten Speerfallen

Veranstaltungen zum Abschluss der Kampuchea-Spendensammlung

MI 30.7.80 20.00	**GRAZ** Gasthof "Fünf Lerchen" (Griesplatz)
DO 31.7.80 20.00	**KLAGENFURT**/CELOVEC "Volkskeller"-Stüberl (Bahnhofstrasse/Kolodvorska ulica
FR 1.8.80 19.00	**WIEN** Haus der Begegnung, 1060 Otto Bauer Gasse
MO 4.8.80 19.00	**SALZBURG** Braugasthof "Alter Stern" (Riedenburg)

Sondernummer

Preis 2 S





Lerne den KLASSENKAMPF kennen!

Um Verwechslungen zu vermeiden: Nicht der Klassenkampf ist hier gemeint, sondern der KLASSENKAMPF das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs.

Den Klassenkampf kennst Du ja ohnehin aus eigener Erfahrung. Die Bourgeoisie führt ihn zur Niederhaltung von Arbeiterklasse und Volk. Und für die Arbeiterklasse und das Volk wiederum ist er der einzige Weg zur Befreiung von der kapitalistischen Ausbeuterklasse und von ihrem Profitsystem.

Der KLASSENKAMPF trägt nicht zufällig den gleichen Namen. Als Zentralorgan der österreichischen Kommunisten soll er dem revolutionären Kampf der österreichischen Arbeiterklasse dienen.

Der KLASSENKAMPF ist die einzige österreichische Zeitung, der es um die Sache der Arbeiter geht. Deshalb sollte jeder Arbeiter den KLASSENKAMPF lesen. Und Du kannst ihn jetzt kennenlernen. Mit dem nachfolgenden Kupon kannst Du entweder 2 Probenummern des KLASSENKAMPF anfordern, oder Du kannst den KLASSENKAMPF gleich auf ein halbes Jahr oder ein Jahr abonnieren.
Ausfüllen und einsenden an:

KLASSENKAMPF, 1052 Wien - Postfach 101

☐ Sendet mit zwei kostenlose Probenummern des KLASSENKAMPF

☐ Ich abonniere den KLASSENKAMPF für ein halbes Jahr ab Bestelldatum zum Preis von öS 100,-

☐ Ich abonniere den KLASSENKAMPF für ein ganzes Jahr ab Bestelldatum zum Preis von öS 180,-

Den fälligen Betrag bezahle ich durch:

☐ beiliegendes Geld

Nachnahme bei Erhalt der ersten Nummer

Erlagschein nach Erhalt der ersten Nummer.

NAME: ....

ADRESSE: ....

....

DATUM:............. UNTERSCHRIFT: ....

Wie wir bei Philips-Horny sammelten

712,- Schilling macht das Ergebnis der Kampuchea-Sammlung bei Philips (Fernsehwerk) aus. Etwa 70 bis 80 Arbeiter, vor allem Frauen haben dazu beigetragen.

Nicht nur vor dem Betrieb haben unsere Genossen gesammelt. In der Fabrik sammelten einige Arbeiterinnen, nachdem sie vor dem Tor selbst gespendet hatten, weiter. Eine Kollegin sammelte von sechs Kolleginnen 50 Schilling, eine andere 70 Schilling. In der Halle gab es immer wieder recht ausführliche Debatten, ob es richtig sei, zu spenden, oder nicht. Als Kollegen meinten, daß es ja etwa die Araber sind, die uns die Erhaltung eines Autos immer mehr verunmöglichen, wurde von anderen Kollegen vertreten, daß diese Völker uns mehr nutzen, als schaden und daß es immer noch die Konzerne etc. sind, die das Problem verursachen. Diese Gespräche waren, obwohl wir selbst daran nicht teilnahmen, eine Unterstützung für die Sammlung. Sie haben sicher bei dem einen oder anderen Arbeiter den Boden für eine Spende bereitet. (Zelle Philips)

Heuchelei und Chauvinismus

Die Bundesregierung hat vor Wochen aufgerufen, den armen Kindern der Dritten Welt zu helfen - die Spenden würden verdoppelt. Etwas später lief die Caritas-Spendensammlung für die Flüchtlinge in Somalia an, die in kurzer Zeit zwei Millionen Schilling einbrachte. Ein schöner Erfolg? Eine wirkliche Hilfe?

Sieht man näher hin, dann schaut die Sache anders aus. Österreich ist stark - Österreich kann und muß helfen. Die Dritte Welt ist schwach und unterentwickelt, sie verdient unser Mitleid" - das ist die Linie, die die Spendengelder aus den Taschen der Werktätigen locken soll. Das ist der aufgeklärte imperialistische Chauvinismus. Kein Wort davon, daß es die jahrzehntelange imperialistische Unterdrückung ist, die die schwierige Lage der Dritten Welt verursacht hat. Vor allem aber werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Sicherlich, die imperialistischen Herrscher haben viel Reichtum aus der Ausbeutung der "eigenen" Arbeiterklasse und fremder Völker angesammelt. Aber ihr kapitalistisches System ist von Krisen geschüttelt, verfault und ständig bedroht. Die Dritte Welt hingegen schließt sich zusammen um das imperialistische Joch abzuschütteln. Die gerechten Forderungen der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu unterstützen, das wäre die richtige Haltung der Regierung. Die Arbeiter zur Kasse zu bitten, um gegen einige besonders schreiende Auswirkungen der imperialistischen Herrschaft Linderungsmittel zu schicken, ist eine Alibihandlung, die einzig und allein auf Propaganda für ein "hilfreiches Österreich" abzielt.

Eine besondere Heuchelei legt die Regierung im Falle der Somalia-Spendensammlung an den Tag. Die "humanitäre Hilfe" für die Tausenden von Flüchtlingen, die in somalischen Lagern leben, sei jetzt besonders dringend, denn Hunderten drohe der Hungertod.

Kein Wort wiederum davon, daß dieser Flüchtlingsstrom bereits seit mehr als zwei Jahren fließt. Kein Wort davon, daß er aus Westsomalia kommt, das unter äthiopischer Besetzung steht und wo sowjetisch-kubanische Truppen einen erfolglosen Vernichtungskrieg gegen die Westsomalische Befreiungsfront führen. Kein Wort natürlich von der schädlichen Tatsache, daß die österreichische Bundesregierung weder die Westsomalische noch die eritreanische Volksbefreiungsbewegung als rechtmässige Vertreter ihrer Völker anerkennen.

Kein Wort auch davon, wer die Spendengelder bekommen soll. Sie müssen der Befreiungsfront zukommen, die die Flüchtlingslager betreut und dort neue Kämpfer gegen die äthiopisch-sowjetische Fremdherrschaft ausbildet.

Alles in allem genommen, sind die Spendenaktionen eine schädliche Sache. Sie zielen darauf ab, daß die Arbeiter ihr Geld hergeben, damit einige Erzeugerfirmen von Trockenmilch gute Geschäfte machen. Sie sind nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein für die Völker, weil sie nicht deren rechtmäßigen Vertretern zukommen sollen. Sie sind jedoch verbunden mit der massiven Verbreitung chauvinistischen Gifts, indem die Völker als dumm, unmündig und und der Almosen der "überlegenen" Europäer bedürftig, hingestellt werden. Und sie sind nicht zuletzt das Gegenstück zur Haltung der Regierung, das kämpfende Westsomalia, das kämpfende Eritrea, das kämpfende Kampuchea nicht zu unterstützen, die Spendengelder, die vom Kommunistischen Bund für das Rote Kreuz Kampucheas gesammelt werden, nicht zu verdoppeln und die wirkliche Solidarität im Geiste des proletarischen Internationalismus herunterzumachen. (gm)

Azania: Aufschwung der Volkskämpfe

Vergangenen Dienstag hielt sich Genosse Zola Sonkosi, Vertreter des ANC/AN (African National Congress/African Nationalists - Azania/Südafrika) für Westeuropa in Wien auf.

Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer Aussprache mit Vertretern des ZK des Kommunistischen Bundes Österreichs. Das Wichtigste aus Genossen Sonkosis Bericht über Entwicklung und Lage in Azania (Südafrika) faßt der nachfolgende Beitrag zusammen.

Außerdem verfaßte Genosse Sonkosi auch den auf dieser Seite abgedruckten Artikel für den KLASSENKAMPF.

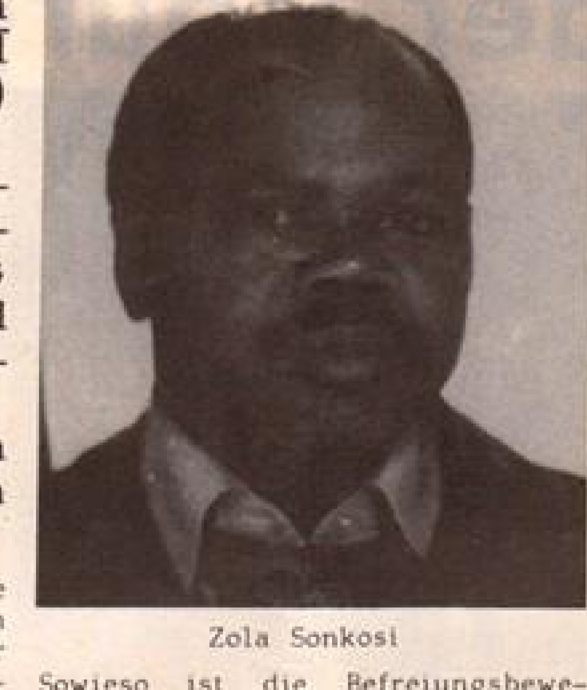
Azania ist zuletzt vor allem durch den vierwöchigen Streik der 3.500 Mann starken Belegschaft des VW-Werks erschüttert worden. Der Streik ging um eine Erhöhung der Mindestlöhne auf zwei Rand (etwas mehr als dreißig Schilling); er wurde vergangene Woche abgebrochen, nachdem die Kapitalisten 1,49 Rand zugestanden hatten. Alle Versuche der Kapitalisten, die Arbeiter einzuschüchtern und so zu terrorisieren und den Streik zu brechen, waren fehlgeschlagen.

Das bestreikte VW-Werk hat nach Berichten von Genossen Sonkosi eine besondere Vorgeschichte: Noch vor 30 Jahren lebten die selben Menschen, die heute als Arbeiter beschäftigt sind, dort als Bauern. Das Gebiet wurde zu "weißem Gebiet" deklariert und das VW-Werk gebaut. Es war eines der fruchtbarsten Gebiete Azanias gewesen. Die schwarzen Bewohner wurden in das Reservat Ciskai vertrieben. Dort wurden sie der Kopfgeldsteuerpflicht unterworfen. Dadurch wurden sie in die Fabrik getrieben. Die Vorgeschichte dieses Werks selbst demonstriert den rassistischen und kolonialen Charakter des südafrikanischen Regimes.

In den neuen Massenkämpfen der letzten Zeit kommen nach Genossen Sonkosi eine Reihe neuer Momente zum Tragen. Erstens: Die Arbeiterbewegung verbindet sich mit der Schüler- und Studentenbewegung; eine einheitliche revolutionäre Bewegung entsteht. Zweitens: Die wirtschaftlichen Kämpfe und die politischen sind nicht mehr zu trennen und verschmelzen zum einheitlichen Klassenkampf. Drittens: Die Einheit von Schwarzen und Farbigen wurde hergestellt; zuerst bereits in den Schülerkämpfen, dann in den Arbeiterkämpfen; Streikkomitees wurden gewählt, in denen sowohl die legalen Gewerkschaften (in denen vor allem die Farbigen, aber auch ein Teil der Schwarzen organisiert sind und die 57% der Arbeiter umfassen), als auch die illegalen schwarzen Gewerkschaften vertreten waren. Auch die illegale Bewegung verbindet sich so mit den legalen Formen der Opposition gegen das Kolonialregime. Viertens: Die Massen verbinden sich eng mit den organisierten Befreiungskräften, die auch z.T. an der Spitze der Streiks standen. Fünftens: Seit Soweto (1976) ist ein ganz neues Selbstbewußtsein, eine neue revolutionäre Aktivität, ein neuer Wille zum selbständigen Handeln, daher auch ein neues Verhältnis zu den revolutionären Befreiungsbewegungen entstanden. Der Befreiungskampf hat mit der jüngsten Streikbewegung eine neue qualitative Stufe erreicht; vielen bisherigen Spaltungsmanövern des Regimes (z.B. zwischen Schwarzen und Farbigen) ist bereits der Boden entzogen worden. Financial Times kommentierte: "Die Zeit ist nicht auf der Seite des bestehenden Systems. Wenn es keinen Kompromiß gibt, kann sich die Lage nur verschlechtern." Aber für "Kompromisse" dieser Art ist es schon recht spät. Die Massen in Azania wollen dem Beispiel Zimbabwes folgen.

Die Reaktion des Kolonialregimes war brutal. Ihm stand der Sinn offenbar nicht nach "Kompromiß". Botha hatte den Befehl gegeben, die Kämpfe mit allen Mitteln zu unterdrücken, "zu schießen um zu töten". Allein bei einer Auseinandersetzung in Kapstadt vor etwa drei Wochen sind mindestens 32 Afrikaner erschossen und 175 verwundet worden.

Die Auslandsopposition hat sich am 16. Juni auf einer Konferenz in London zusammengeschlossen und eine Art Koordinationskomitee gewählt. Auch PAC und ANC(AN) sind an diesem Zusammenschluß beteiligt. Die revisionistische Tambo-Clique, die sich im Ausland als "ANC" ausgibt und ein Lakai des Sozialimperialismus ist, war zu dieser Konferenz ebenfalls eingeladen, erschien aber nicht, da sie beansprucht, die gesamte Befreiungsbewegung zu repräsentieren. Umso größer jetzt ihre Isolierung. Im Inland verfügt diese Gruppierung über keine Basis.



Zola Sonkosi

Sowieso ist die Befreiungsbewegung im Inneren Azanias nicht in der Weise gespalten wie im Ausland. Und gerade in den jüngsten Kämpfen hat der Zusammenschluß der Volksmassen über die Organisationsgrenzen hinweg neuerlich große Fortschritte gemacht. Genosse Sonkosi berichtete, daß diese günstigen Tatsachen die schwarze Befreiungsbewegung jedoch keinesfalls dazu verleiten, in der Wachsamkeit gegen die Spaltungs- und Infiltrationsmanöver der Sowjetunion nachzulassen. Ähnlich wie bereits vorher in Zimbabwe, ist es auch in Bezug auf Azania so, daß die Sowjetunion, wenn sie "Hilfe leisten" will, dies nur über den Befreiungsausschuß der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) tun kann und nicht direkt, wodurch ihr viele Möglichkeiten für Infiltration, Intrigen und Spaltung entzogen werden. Die azanische Befreiungsbewegung hat viel aus dem Beispiel Zimbabwes gelernt, gerade aus der jüngsten Vergangenheit, wo mit den Sozialimperialisten verbundene Kräfte bereits zu Terrorakten übergegangen sind.

Der bewaffnete Kampf wird jetzt einen neuen Aufschwung nehmen, meinte Genosse Sonkosi. Während bisherige Formen des bewaffneten Kampfes, im Ausland ausgebildete Guerillakämpfer ins Land zu schicken, um den bewaffneten Kampf aufzunehmen, keine Erfolge hatten, wird jetzt der Weg eingeschlagen, auch die im Ausland ausgebildeten Kader in die Farmen und Fabriken zu schicken, um mit den Arbeitern, Landarbeitern und Bauern zu arbeiten, zu leben und dabei den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Dabei wurden bereits Erfolge erzielt. Für so manche Großfarm, deren Besitzer hingerichtet oder verjagt wurde, findet das Regime keinen Nachfolger; die Landarbeiter übernehmen sie dann.

Bei der Ausarbeitung der Strategie des bewaffneten Kampfes müssen die Besonderheiten Azanias in Rechnung gestellt werden: der hohe Anteil an Industrie und Industriearbeitern; die Durchkapitalisierung der Landwirtschaft, wo es nicht kleine Bauernwirtschaften gibt, sondern Farmen mit tausenden Landarbeitern; die Verstädterung des Landes. Doch diese Industrialisierung ändert nichts daran, daß die meisten Arbeiter in Wahrheit landlose Bauern mit der Landwirtschaft verbunden, erst seit kurzem Arbeiter sind.

Das revolutionäre Zimbabwe unterstützt den azanischen Befreiungskampf selbstlos. Auf einer Pressekonferenz zum Abschluß der letzten Tagung der OAU hat Präsident Mugabe erklärt, daß Zimbabwe seinen Kampf gegen das südafrikanische Rassistenregime fortsetze. Allerdings könne es gegenwärtig den Befreiungsbewegungen keine Operationsbasen zur Verfügung stellen, da Zimbabwe nicht stark genug sei, um Angriffe aus Südafrika zurückzuschlagen. Ein großer Rundfunksender, den die rhodesischen Rassisten gebaut haben, wird jetzt dazu verwendet, täglich Sendungen für das azanische Volk auszustrahlen, und bildet eine große Waffe der azanischen Befreiungsbewegung. Bekanntlich hat Zimbabwe unlängst die Beziehungen zu Südafrika abgebrochen, nachdem das Botha-Regime versucht hatte, in Zimbabwe 5.000 Söldner zum Kampf gegen die azanischen Volksmassen anzuwerben. Unter die angeworbenen Söldner hatte die Regierung Zimbabwes Befreiungskämpfer gemischt und so den Plan aufgedeckt.

Zimbabwe selbst ist in einer schwierigen Lage, angesichts der Bedrohung durch Südafrika auf der einen Seite, vor allem aber angesichts der Versuche der Sowjetunion, einen Bürgerkrieg zu schüren auf der anderen Seite. Die Sozialimperialisten stiften Terrorüberfälle auf Dörfer an, durchgeführt von in ZANLA-Uniformen verkleideten Individuen, sie haben Tausende Revisionisten ins Land eingeschleust - hinter dem Rücken der Regierung - sie umgehen sogar im diplomatischen Verkehr ständig die zuständigen Instanzen des neuen Zimbabwe. Was den Sozialimperialisten und ihren Helfershelfern allerdings fehlt, ist Unterstützung im Volk.

Und Österreich? Bekanntlich hatte Kreisky noch vor wenigen Monaten, während der Londoner Verhandlungen, die Marionette Muzorewa empfangen. Mit der Anerkennung des neuen Zimbabwe hatte die Regierung viel weniger Eile. Von Unterstützung gar nicht zu reden. Zugleich unterhält Österreich rege Beziehungen zu dem südafrikanischen Kolonialregime. Auch diesbezüglich wurden neue Machenschaften aufgedeckt. Bekanntlich hatte das südafrikanische Regime vor einiger Zeit mehrere Bantustans, darunter Transkei, "unabhängig" gemacht. Die Schwarzen sollten sich in diesen Ghettos, in die sie zusammengepfercht werden, "selbst regieren", aber natürlich unter der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kontrolle Südafrikas. Die Schwarzen sollten so gespalten und der Welt eine "Selbstregierung" der Schwarzen vorgespiegelt werden. Die UNO hat diese Intrige verurteilt. Auch Österreich wagte es nicht, Transkei formell diplomatisch anzuerkennen. Jedoch anerkennt österreich offenbar formell Transkei-Pässe, finden regelmäßig Kontakte zwischen der "Regierung" von Transkei und Beamten des österreichischen Staates sowie der Bundeswirtschaftskammer statt, und unterhält Österreich rege Wirtschaftsbeziehungen zu Transkei.

Genosse Sonkosi hat berichtet, daß in Transkei überall Steyr-Daimler-Puch-Traktoren herumstehen. Herumstehen deshalb, weil sie für den dortigen Boden nicht geeignet sind und daher in kürzester Zeit kaputt gehen. Diese Tatsachen gliedern sich ein in das Bild, das man schon lange von der "Ablehnung" der Apartheid, des Rassismus, des Kolonialismus durch die österreichische Regierung hat. (wl)



Streikversammlung in Natal 1973. In zahlreichen Streikkämpfen hat die Arbeiterklasse Azanias große Erfahrungen im Kampf gegen das Rassistenregime gesammelt

AZANIA BRENNT

Solange das 21 Millionen zählende Volk von Azania seiner Rechte beraubt ist, vom Reichtum des Landes und von der politischen Entscheidung ausgeschlossen ist, weil es mit einer schwarzen Hautfarbe geboren wurde, solange werden das rassistische Regime und die imperialistischen Unterdrücker sich nicht an den Früchten ihrer Ausbeutung und ihres Raubes in Ruhe erfreuen können.

Heute ist Azania in einen Krieg verstrickt. Es ist das schon solange, so lange ich mich erinnern kann.

Die Weißen stehen vor der Situation, daß sie einen guten Teil ihres Erwachsenenlebens im Militär verbringen müssen. Alle Weissen, die nicht gerade eingezogen sind, sind in zivilen Verteidigungseinheiten organisiert. Das Verteidigungsbudget steigt gigantisch und kontinuierlich. Heute erreicht es über 20% des gesamten nationalen Budgets.

Als Folge der politischen Krise leidet auch die Wirtschaft sehr.

Nach dem Aufstand von Sharpville im Jahr 1960 hatte Azania mit schweren finanziellen Krisen zu kämpfen, als nämlich die Kapitalflucht die Rekordhöhe von 398 Millionen DM erreichte.

Dann intervenierten die multinationalen Konzerne, wie immer, wenn es darum geht, die rassistische und imperialistische Wirtschaft in Azania zu erhalten, und halfen dabei, sein internationales Image aufzubessern. Diese Art, den Rassisten wirtschaftlich mithilfe von Bankkrediten unter die Arme zu greifen, wiederholte sich 1976 nach den Soweto-Aufständen, als die Aktienkurse ins Bodenlose sanken.

Nach wie vor trotzen die Schwarzen diesem System. Unterdrückungsmaßnahmen erreichten nur, daß sie erneut zum Bewußtsein ihrer Stärke gelangten und gaben dem Kampf eine revolutionäre Stoßrichtung. Verhaftungen in großem Maßstab, Ermordungen, Überfälle und Entlassungen aus politischen Gründen schrecken die azanischen schwarzen Massen nicht vom Kampf ab, dämpfen nicht ihren Kampfgeist, weil sie eine moralische und politische Verpflichtung darin sehen, dem Übel der Apartheid drückten Massen alle Machtmittel hen und zugleich den Versuchen der Sozialimperialisten entgegenzutreten. Diese dringen in Verfolgung ihrer eigenen Interessen in das Land ein, und sie sind auch verantwortlich dafür, daß sich die einheitliche revolutionäre Bewegung von Azania gespalten hat. Den Azaniern ist es trotzdem gelungen, über die verschiedenen politischen Bewegungen hinweg, Einheit zu schmieden für gemeinsame Aktionen zur Befreiung von Azania. Sie haben auch die azanischen Revisionisten isoliert, die als Agenten des Sozialimperialismus im südlichen Afrika tätig sind.

Die schwarzen Bevölkerung sieht es als grundlegende Tatsache an, daß jede wirklich neue soziale Ordnung nur mit revolutionärer Gewalt durchgesetzt werden kann.

In der Zeit seit 1976 entstand eine Volksbewegung, die mehr Zusammenhalt gewann, ausgewählter war und besser organisiert ist, vor allem insofern, als es nunmehr eine anerkannte Führung innerhalb des Landes gibt, welche die Verantwortung für die Aktionen des Volkes trägt. Seit 1976 gibt es das Zusammenwachsen von Kämpfen der Studenten und der Jugend, die zusammen mit den schwarzen Arbeitern auch weiterhin die Vorhut des Kampfes darstellen. Die Ereignisse von 1976 rüsteten die schwarze Bevölkerung mit einer mutigen und erfahrenen Leitung für die Kämpfe von 1980 aus, wie es sie vier Jahre früher noch gar nicht hätte geben können.

Nach 1976 entstanden in Azania zahlreiche militärisch organisierte Zusammenschlüsse in den Wohngebieten der schwarzen Regionen. Die jüngsten Bus-Boykotte in Natal, Western Cape und Transvaal und der Zusammenschluß aller Schwarzen über die Klassenfronten hinweg, ist eine überzeugende Lehre für diejenigen Kräfte, die die schwarze Bevölkerung in sich bekämpfende Klassen spalten wollen.

Die ganze Zeit hindurch haben wir eine Strategie der Massenaktionen in großem Umfang entwickelt. Die schwarzen Massen fordern die Macht des Kampfes heraus. Die Strategie besteht darin, das rassistische Regime in die Knie zu zwingen und das ganze imperialistisch orientierte ökonomische System in Azania in Stücke zu schlagen.

Unser Ziel ist es, die rassistischen und imperialistischen Gesetze und Rechte zu unterminieren, dadurch daß die schwarzen unterdrückten Massen alle Machtmittel der Unterdrücker, seien es ökonomische, kommerzielle, erzieherische, strategische, militärische oder diplomatische, zerschlagen.

So sollten die gegenwärtigen Streiks, Demonstrationen, öffentlicher Ungehorsam und Sabotage in diesem Zusammenhang gesehen werden. Der bewaffnete Kampf, der eine fortgeschrittene Stufe erreicht hat, sowohl in der Vorbereitung, als auch in der Durchführung, wird nun in die Industriegebiete, auf die großen Farmen und Plantagen der Ausbeuter getragen werden.

1980/81 sind Jahre des bewaffneten Kampfes der Massen in Azania.

Zola Sonkosi

Volksmassen sollen noch mehr für die Stromrechnung der Bourgeoisie blechen

Wie in der letzten Ausgabe des KLASSENKAMPF berichtet, hat sich mit der nun erfolgten, endgültigen Festlegung der seit Anfang des Jahres erhöhten Stromtarife ("Tarifierung") ein spezifisches Merkmal des Tarifsystems weiter verstärkt: die Spaltung in teuren Haushaltstarif und billigen Sondertarif für die Industrie. Im Schnitt wird die kWh 1980 für die Kapitalisten um etwa 6 Groschen, für die Haushalte um 10 Groschen teurer als 1979 sein. Der Erlös der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) aus Industriestrom wird sich heuer auf ca. 65,3 g/kWh, der aus Haushaltsstrom auf 105 g/kWh belaufen. (Siehe KLASSENKAMPF 17/80) Damit aber nicht genug: In Salzburg wird von der Salzburger Landesgesellschaft SAFE seit vergangenem Jahr ein neues "Tarifmodell" erprobt, das die Diskrepanz der zwei Maße , mit denen hier gemessen wird, noch weiter vergrößern wird.



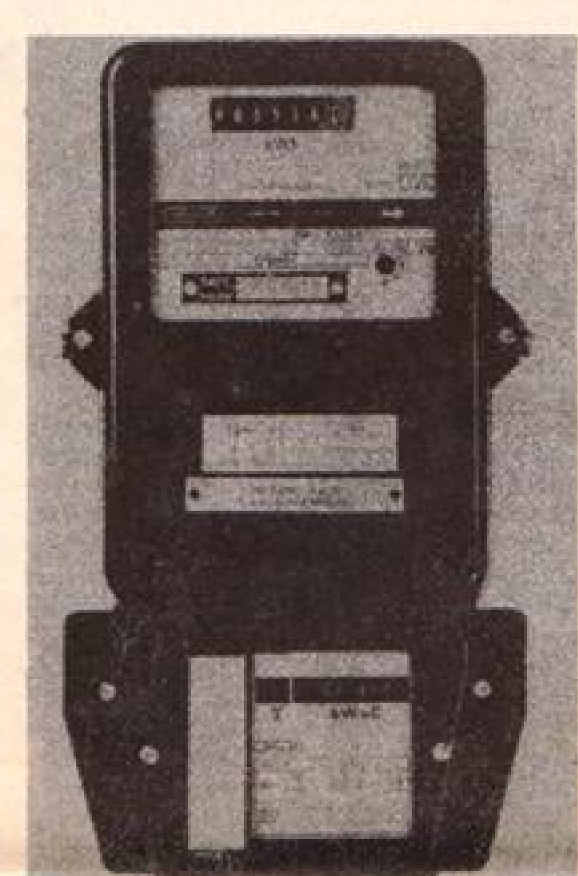
Stromtarifreform: Zugunsten der Bourgeoisie sollen die Stromkosten weiter zuungunsten der Haushalte verlagert werden.

Die geplante Tarifreform, die gegenwärtig in Salzburg getestet wird, wird schon seit geraumer Zeit ideologisch vorbereitet. Die Haushalte seien für den Spitzenverbrauch verantwortlich, die Industrie verwende den billigen Grundlaststrom. Für die Haushalte müsse Leistung installiert werden, die dann nur fallweise genützt wird. Es sei daher völlig gerechtfertigt, den Haushalten den teuren Spitzenstrom anzulasten, usw.
Verbundgeneral Fremuth vor der letzten Strompreiserhöhung: "Der Kleinabnehmer, der Durchschnittshaushalt, der ist tagsüber mit seiner Familie verdienen. Dann kommt er aber nach Hause und fällt gleichzeitig mit den anderen voll ins Netz, dann fällt er nach anderthalb Stunden wieder ab, denn das Schnitzel ist gegessen, der Geschirrspüler abgeschaltet, und er sitzt vor dem TV-Apparat. Und insofern muß ja ein Unterschied im Preis sein." (Kurier, 11.11.79)

GERECHTER SPALTTARIF?

Richtig ist, daß der Stromverbrauch tagsüber schwankt und daß die Haushalte entscheidenden Anteil an der Ausbildung von Verbraucherspitzen ("Spitzenstrom") haben, während eine Reihe von Industriebetrieben rund um die Uhr gleichmäßig das Netz belasten ("Grundlast", "Bandstrom"). Richtig ist auch, daß die Erzeugung von Spitzenstrom teurer ist. Sie setzt ja teilweise stillstehende Kapazitäten voraus und es kommen nur Kraftwerke in Betracht, die rasch auf ihre volle Leistung anfahren können. Geeignet sind dafür vornehmlich Speicherkraftwerke in geringerem Ausmaß werden auch Gasturbinen eingesetzt. Erstere sind aufgrund des begrenzten Energieinhalts der Speicher, letztere aufgrund der hohen Stromerzeugungskosten für Bandbetriebe ungeeignet. Laufkraftwerke und kalorische Kraftwerke produzieren hauptsächlich Grundlast. Bei heutigen Kraftwerkskosten und der durchschnittlichen Auslastung von Wasserkraftwerken in Österreich läßt sich ein Verhältnis der Erzeugungskosten Band zu Spitze von etwa 1:2 abschätzen. Ist also Spalttarif gerechtfertigt?

Mitnichten. Zum ersten wird in den Haushalten nicht ausschließlich Spitzenstrom verbraucht. Entfällt doch auf die Haushalte in Österreich 23,1% des Gesamtstromverbrauchs (Wert 1978), und können nur etwa 13% des gesamten Tagesverbrauchs als Spitzenstrom bezeichnet werden. (berechnet nach den Berichten des Bundeslastverteilers für den Winterstichtag 17. 2. 79 bzw. Sommerstichtag 18. 7. 79). Berücksichtigt man den Grundlastanteil der Haushalte, so dürfte die Relation Industrie- zu Haushaltstarif bestenfalls 1:1,56 betragen, unter der Annahme, daß die Sonderabnehmer ausschließlich Grundlast und die Haushalte den gesamten Spitzenstrom konsumieren. Tatsächlich dürfte das Verhältnis 1980 bei mindestens 1:1,6 liegen. Dazu kommt, daß nicht nur die Haushalte Spitzenstrom verbrauchen. Nichtschichtbetriebe tragen beispielsweise durch das Anfahren der Maschinen zur Morgenspitze bei, Eisen- und Straßenbahnen in den "rush hours" zur Morgen-



Spältizähler. Zur Erhöhung des Arbeitspreises bei Mehr- oder Spitzenverbrauch wird die Tarifreform auch die Zählergebühren empfindlich erhöhen. Der derzeit in Gebrauch stehende Wechselstromzähler kostet 520 Schilling, ein Spältizähler, wie er in Salzburg derzeit erprobt wird, bei Massenfertigung zwischen 3000 und 4000 Schilling. Mit einer Versechs- bis Verachtfachung des Meßpreises (derzeit jährlich S 96,-) muß daher gerechnet werden.

und Abendspitze, Werksküchen und Restaurationsbetriebe zur Mittagsspitze. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß die letzten Tagesablaufbilder, die den zeitlichen Ablauf des Tagesstromverbrauchs nach Verbrauchsgruppen aufgliederten, in den 50er-Jahren veröffentlicht wurden. Damals war es übrigens so, daß sich ein Teil des Haushaltsverbrauchs mit dem des Gewerbes zu einem Band ergänzte.

Weiters wurde bei unserer Abschätzung der Erzeugungskosten Band: Spitze mit heutigen Preisen kalkuliert und von der üblichen Annahme ausgegangen, daß die Kraftwerkskosten in 20 Jahren abgeschrieben werden. Tatsächlich kann aber bei Wasserkraftwerken die dreifache Lebensdauer angesetzt werden und liegen die Erzeugungskosten der Wasserkraft aufgrund des Anteils der bereits vollständig abgeschriebenen Kraftwerke weit unter dem Kalkulierten. Für kalorische Kraftwerke ist dies aufgrund ihrer gringeren Lebensdauer und der Brennstoffkosten nicht in diesem Ausmaß zutreffend. Tatsächlich ist also die Relation 1:2 von Band- und Spitzenstromkosten zu hoch gegriffen.

Weiters ergeben sich die relativ hohen Kosten für den Spitzenstrom aus der Reservehaltung. Diese ist aber nicht nur für die allfällige Anpassung der Erzeugung an Verbrauchsspitzen notwendig, sondern auch für Kraftwerks- bzw. Importausfälle, vorübergehenden Ausgleich eines niedrigen Wasserangebots usw.usf. Nutznießer der Reserve sind also alle Strombezieher, insbesondere die, für die die sichere Stromversorgung eine Lebens-, besser gesagt eine Profitfrage ist. Schon die Zuordnung der verschiedenen Kraftwerkstypen (und damit die verschiedenen Gestehungskosten für Strom) zu verschiedenen Verbrauchergruppen ist also - gelinde gesagt - problematisch.

Last not least muß darauf hingewiesen werden, daß es ja der Drang des Kapitals nach optimaler Verwertung ist, der auf der einen Seite das Bedürfnis nach 24-stündiger Auslastung der Maschinen und damit nach Bandstrom weckt, und der auf der anderen Seite den Arbeitern unerbitterlich ihren gleichförmigen Lebensrhytmus aufzwingt, und damit auch bewirkt, daß sie mit "ihrem Schnitzel" gleichzeitig "ins Netz fallen". Die Profitjagd ist es also, die den Kapitalisten zum Bandstrom, den Arbeitern zum Spitzenstromverbraucher prädestiniert. Auch aus diesem Blickwinkel ist es mit der "Gerechtigkeit" des Spitzentarifs nicht weit her.

Die Gründe für das verschiedene Preismaß je nach Elektrizitätsverbraucher sind anderwertig zu suchen. Die Kapitalisten brauchen - koste es wem es wolle - billige Energie, um in der Konkurrenzschlacht besser dazustehen. Der bürgerliche Staat nutzt sein Monopol auf Stromproduktion und -lieferung zur zusätzlichen Ausplünderung des Volks über den Strompreis, zur zwangsläufigen Subventionierung der Kapitalistenklasse.

GEMEINSAM IST ALLEN TARIFMODELLEN: HAUSHALTSSTROM SOLL TEURER WERDEN

Der "gerechte" Stromtarif soll jetzt noch "gerechter" werden. Als zu "starr" ja anachronistisch wird die bestehende Tarifordnung empfunden. Sie geht auf das Jahr 1939 zurück und sieht für Haushalte einen Grundpreis (nach der Größe der Wohnung etwa (Anzahl der sog. Tarifräume), und einen einheitlichen Arbeits(=kWh)preis vor. Zu "starr" ist sie im Hinblick auf die Profitwünsche der E-Wirtschaft. Und zu "starr" ist sie im Hinblick auf die optimale Umverteilung der Stromkosten von Groß- auf Kleinverbraucher. Dementsprechend ausgerichtet ist das neue Tarifmodell, mit dem in Salzburg experimentiert wird. In einem Feldversuch erfaßt die SAFE mit mikroprozessorgesteuerten, sogenannten Spältizählern, nicht nur die verbrauchte elektrische Energie, sondern auch Leistungsentnahme und Zeitpunkt der Entnahme. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, "die Kapazitätsverursacher (d.h. die spitzenstromverbrauchenden Haushalte) zu bestrafen". Dies ist auch der erklärte Zweck des Salzburger Experiments.

Der Plan, das "starre" Tarifsystem zu überwinden, ist nicht neu. Schon 1979 ist ein "Vorschlag des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs für eine Reform der allgemeinen Tarife" vorgelegen. 1978 haben sich die Strompreiserhöhungen verzögert, weil Staribacher gleichzeitig eine Tarifreform unterbringen wollte. Und vor den letzten Tarifanhebungen hat die Energieverwertungsagentur (EVA) ein neues Tarifmodell "in die Diskussion geworfen". Verzögert ist die Sache bislang durch unterschiedliche Zielvorstellungen innerhalb der Bourgeoisie. Dem Handelsminister schwebt vor allem vor, durch höhere Preise bei Haushaltsstrom ab einer gewissen Verbrauchsmenge Energie einzusparen. Die "progressive Tarifgestaltung für Strom zur Reduktion des Stromverbrauchs in Haushalten" hat dementsprechend auch das "interministerielle Komitee zur Koordinierung der Energiesparmaßnahmen' auf seine Fahnen geheftet. Abbau des bestehenden "degressiven Tarifs" (d.h. Abbau des Grundpreises zugunsten des Arbeitspreises, um Strom bei Mehrverbrauch nicht relativ zu verbilligen) soll die erste Stufe sein. Eine Tarifreform die zweite. Ähnliches, nämlich "progressive Verteuerung des Stroms bei selbstgewählter Leistungsgrenze" schlägt die EVA vor ("Norwegisches Modell").

Die E-Wirtschaft hat sich hingegen fürs Stromsparen, das heißt nämlich für eine Schmälerung ihres Umsatzes und Beschränkung der Ausdehnung ihrer Kapitalinvestitionen, nie recht erwärmen können. Ursprünglich hat die E-Wirtschaft sogar den Ausbau des degressiven Tarifsystems angestrebt. Über die Grundpreise sollten die fixen Kosten beim Kraftwerks- und Leistungsbau gedeckt werden. Diese Pläne sind vom Tisch. Nun werden Reformvorschläge vorgebracht, die nicht auf ein Einsparen, sondern eine zeitliche Umverteilung des Stromverbrauchs, um Spitzen abzubauen, abzielen. Nicht "Energiebewußtsein", wünschen sich die EVUs von den belieferten Haushalten, sondern "leistungsbewußt Energie zu verbrauchen, bandbewußt zu denken" (Reimer von der Zählerherstellerfirma Reimer & Seidel).

Die Wünsche der E-Wirtschaft sind verständlich. Zeitliche Umverteilung des Tagesverbrauchs heißt erstens weniger Speicherkraftwerke bereitsstellen zu müssen. Zwar waren Ende 1978 erst 44,9% des wirtschaftlichen ausbaubaren Speicherkraftwerkpotentials ausgebaut (bei Laufkraftwerken sind es 53,2%), aber Speicherkraftwerke binden große Kapitalmengen, noch dazu auf lange Zeit, das widerspricht dem Drang des Kapitals nach rascher Akkumulation. Und es heißt zweitens: Auffüllen der "Verbrauchstäler", d.h. bessere Auslastung der grundlastproduzierenden Kraftwerke und damit bessere Verwertungsbedingungen für das angelegte Kapital.

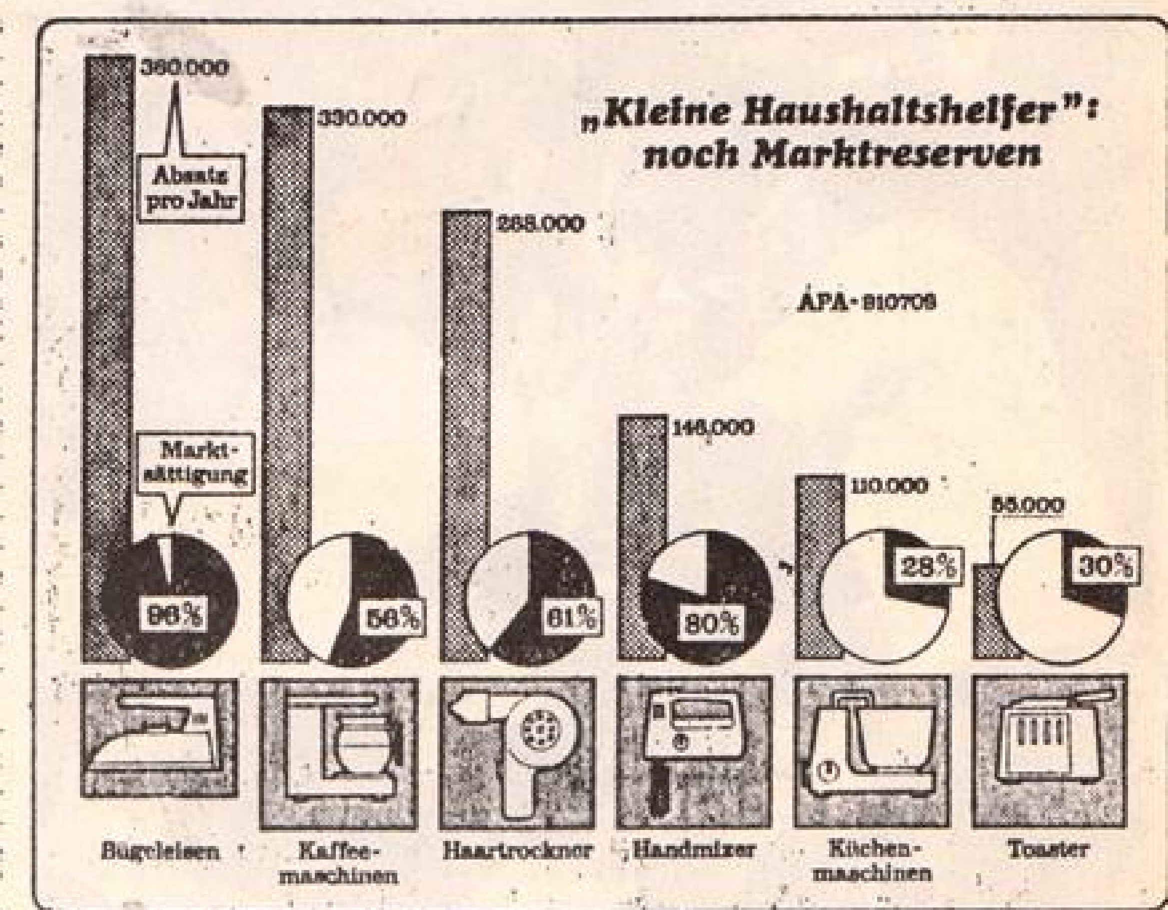
Allerdings können die Haushalte ihren Stromverbrauch nur in geringerem Umfang zeitlich verlagern. Allenfalls läßt sich ein Geschirrspüler oder eine Waschmaschine mit einer Schaltuhr unter Tags einschalten. Ebenso läßt sich in Arbeiterhaushalten nur in beschränktem Ausmaß Strom einsparen. Die meisten Elektrogeräte sind bloße Hilfsmittel zur Reproduktion der Arbeitskraft. "Die Stromnachfrage" sei "relativ preisunabhängig", äußerte sich dementsprechend skeptisch der ehemalige Leiter der Verbundgesellschaft Bandhauer zu Staribachers Vorstellungen.

Daher treffen sich Staribachers "energiebewußte" Tarife und die "bandbewußten" Tarife der E-Wirtschaft in einem wesentlichen Punkt: In dem Maße, in dem sie nicht zur Eindämmung bzw. zeitlichen Verlagerung des Stromverbrauchers führen, werden sie Haushaltsrechnungen empfindlich verteuern und die Kluft Industrie-Haushaltsstrompreis weiter vertiefen. EVA-Chef Weiser hat dies auch für sein Modell, bei dem zum kWh-Preis ein Abnehmerpauschale und ein Leistungsbereitstellungspreis kommen und bei Leistungsüberschreitung der kWh-Preis sprunghaft ansteigen soll, offen zugegeben: Eine 10%ige Verteuerung des "lächerlich billigen Stromes" (Weiser) würde für "jüngere verheiratete Stromsparer" die Rechnung um 10,5%, für berufstätige Ehepaare "mit großem Gerätepark" gleich um 23,9% erhöhen. Nur Rentner in Kleinwohnungen würden günstiger aussteigen. (Kurier, 7. 12. 79) Wie die Auseinandersetzung um die Tarifreform auch ausgehen mag, die Werktätigen haben nichts Gutes zu erwarten.

ALS DRAUFGABE ZUR TARIFREFORM HÖHERE ZÄHLERGEBÜHREN

Bei der Erhöhung des Arbeitspreises bei Mehr- oder Spitzenverbrauch wirds freilich nicht bleiben. Kostet ein derzeit in Haushalten verwendeter Wechselstromzähler 520 Schilling, so kostet ein Spältizähler 6.000 bis 7.000 Schilling, bei Massenfertigung 3.000 bis 4.000 Schilling.

Dies politisch durchzusetzen, macht den Verantwortlichen noch einiges Kopfzerbrechen. (sch)



"Nachholbedarf" bei Elektrogeräten. Für die Haushalte heißt das nach einer Tarifreform: Strompreiserhöhungsautomatik. Jedes neue Haushaltsgerät beudeutet nicht bloß höheren Stromverbrauch, sondern nach reformierten Tarifen auch automatische Anhebung des durchschnittlich bezahlten kWh-Preises.

Zentralkomitee beruft zweite ordentliche Delegiertenkonferenz ein

Am 20. Juli hat das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs den Beschluß zur Einberufung der 2. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz gefaßt. Die DK wird am 13. und 14. September nach Mitgliederversammlungen in allen Ortsgruppen durchgeführt werden.

Ziemlich genau ein halbes Jahr nach der Spaltung wird damit das oberste Organ des KB zusammentreten, um die Entwicklung im Aufbau der Organisation insbesondere seit März 1980, sowie die politische Lage zu analysieren und um die nächsten Aufgaben, sowie die politische Linie im Kampf um den Aufbau einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse festzulegen.

Die 2.o.NDK wird über den vom ZK ausgearbeiteten Politischen Bericht, über eine Resolution zu den Aufgaben der Kommunisten im gewerkschaftlichen Kampf, über eine Resolution zur Analyse der internationalen Entwicklung und Lage, sowie über eine Resolution zu den Aufgaben der Kommunisten in Fragen der Militärpolitik und der Landesverteidigung beschließen und sie wird ein neues Zentralkomitee wählen.

Die erfolgreiche Durchführung dieser 2.o.NDK ist für die österreichischen Kommunisten eine wichtige Aufgabe. Nachdem in der Vergangenheit im KB eine falsche, eine bürgerliche Linie die Oberhand gewonnen hatte und die Organisation immer mehr von der Gefahr endgültigen revisionistischen Verfalls bedroht war, kam es im März 1980 zur Spaltung. Die Revolutionäre im KB schlossen sich auf der Grundlage der revolutionären Prinzipien des KB zusammen, während Rechte und Zentristen immer offener dem - inzwischen bereits erfolgten - politischen Untergang entgegenmarschierten. Die schlechte politische Entwicklung hat unsere Organisation in der Vergangenheit beträchtlich erschüttert. Wir haben einen bedeutenden Teil unserer Mitglieder und unseres politischen Einflusses durch sie verloren. Doch seit März 1980 geht es mit dem KB wieder klar bergauf. Die mit der Spaltung eingeleitete Phase der Reorganisierung des KB hat bereits wichtige Fortschritte gebracht und soll auf jeden Fall noch im heurigen Jahr abgeschlossen werden. Erst nach einem erfolgreichen Abschluß dieser Reorganisierung wird sich der KB wieder mit seiner ganzen Kraft seinen Aufgaben widmen können.

Wie gut es gelingen wird, diese Phase der Reorganisierung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen - dafür wird zu einem Gutteil die 2.o.NDK entscheidend sein. Mit der Veröffentlichung der wichtigsten Dokumente, die der Beschlußfassung unterliegen sollen, sind im KB die Vorbereitungen auf die DK bereits voll angelaufen. In den kommenden Wochen wird im KB entsprechend seinem demokratisch zentralistischen Aufbau die gesamte Organisation mit der Beratung über die Aufgaben der Delegiertenkonferenz beschäftigt sein, bevor sie ihre Delegierten wählt. Alle Menschen, die unsere politischen Ziele unterstützen, laden wir dazu ein, sich an diesen Beratungen in geeigneter Form zu beteiligen und sich im Hinblick auf die kommenden Aufgaben im Parteiaufbau fest mit uns zusammenzuschließen. (n)

Wahlwiederholung in Linz

Oberstes Gericht unterstützt Stimmenfang der KPÖ

Die Herren der KPÖ sind nach der Linzer Gemeinderatswahl im Oktober 1980 zum Verfassungsgerichtshof gelaufen, um die Wahl anzufechten - und haben vor kurzem von den Hütern der Verfassung Recht erhalten.

Grund der Anfechtung: Bei der Gemeinderatswahl hat auch der Kommunistische Bund Österreichs kandidiert, so daß für die Wähler die Gefahr der Verwechslung zwischen KPÖ und KB bestanden habe. Dies wiederum stehe im Widerspruch zur geltenden Wahlordnung, wonach bei Verwechslungsgefahr die zuletzt eingereichte Liste nur unter dem Namen des Listenführers kandidieren darf. "Diese Rechtswidrigkeit", liest man in der 'Volksstimme', "beeinflußte das Wahlergebnis, so daß die KPÖ ihre Vertretung im Gemeinderat verlor".

Tatsächlich ist die KPÖ bei den Linzer Wahlen im vergangenen Oktober so gut wie halbiert worden. Von 2.514 Stimmen ist sie auf 1.387 Stimmen abgesunken und hochkant aus dem Gemeinderat geflogen. Die Halbierung hat die KPÖ bis zum heutigen Tag nicht nennenswert gestört. Stein des Anstoßes ist es, daß man, wie es wohl heißen würde, seine Vertretung im Gemeinderat nicht erfolgreich verteidigen konnte. Für das Halten des Mandats hätte die KPÖ um 327 Stimmen mehr gebraucht. Der KPÖ geht es nicht um die 1.127 Stimmen, die sie verloren hat, ihr geht es um die 327 Stimmen, die ihr gefehlt haben. Und die "beansprucht" sie aus den knapp 400 Stimmen, die für den KB in Linz abgegeben wurden.

Nur so ist es zu verstehen, wie man bei der KPÖ die Unverfrorenheit aufbringen konnte, glatt zu unterstellen, die Wähler des Kommunistischen Bundes seien in Wahrheit KPÖ-Wähler, die sich bloß "geirrt" hätten.

Abgesehen davon, daß damit die KPÖ ihren Wählern Idiotie attestiert, zeigt sich so deutlich, wie schnurzegal es bürgerlichen Politikern ist, woher sie ihre Stimmen bekommen - wenn sie sie nur bekommen. Daß der KB mit der KPÖ nichts, aber schon gar nichts zu tun hat, ist in Österreich nicht unbekannt. Und gerade was uns betrifft, so haben wir es, ganz aus eigenem Interesse, niemals daran fehlen lassen, klar zu sagen, was wir von der KPÖ halten. Wer will schon mit der Agentur des russischen Sozialimperialismus verwechselt werden? Die KPÖ weiß im übrigen genausogut wie jeder andere, was unsere Mitglieder und unsere Freunde von ihr halten. Zumindest sonst weiß sie es sehr genau.

Hinter der beschworenen "Verwechslungsgefahr" steckt also nichts anderes, als die reine Gier nach Wählerstimmen, wie sie jeder bürgerliche Partei eigen ist. Weder vor der Wahl, noch nach der Wahl und erst recht nicht jetzt, nach dem Stattgeben der Anfechtung durch den Verfassungsgerichthof hat die KPÖ daher auch nur ein Wort über den politischen Unterschied zwischen KPÖ und KB verloren. Im Gegenteil. Gerade jetzt, nach dem Verfassungsgerichtshofurteil, hat sie ausschließlich vom "Recht" gesprochen, daß ihr der bürgerliche Staat zu garantieren habe und sich nicht entblödet, zu sagen, daß man dieses bürgerliche Recht gerade gegen den Staat verteidigen müsse. "Das Stück Demokratie, das in den verschiedenen Wahlgesetzen enthalten ist, muß mit allen Mitteln verteidigt werden", heißt es dazu in der 'Volksstimme'.

Und so wie es in allen Fragen das bürgerliche Recht, die bürgerliche Verfassung ist, die die KPÖ zu "verteidigen" sucht, so sind auch die "Mittel" die gleichen: Hier war es der Verfassungsgerichtshof, der Gerichtshof, dessen alleinige Grundlage ganz offen die Verfassung ist, die gleichzeitig die gesetzliche Grundlage der Unterjochung der Arbeiterklasse und der Volksmassen durch die Bourgeoisie und ihren Staat darstellt.

Die Wahl wird also im Oktober wiederholt werden. Die KPÖ hat von dieser Wahl nichts zu erwarten, schon gar nicht die Wieder"erringung" ihres Mandats. Sie hat daher jetzt schon ein mulmiges Gefühl und druckt in ihrer Zeitung Tag für Tag Rechtfertigungserklärungen für ihre Anfechtung ab. Daß sich der Verfassungsgerichtshof auf ihre Seite stellen würde, damit hatte sie offensichtlich nicht gerechnet.

Mit dem Anrufen des Verfassungsgerichtshofes, mit der Beschwörung der bürgerlichen Gesetze hat sie jedenfalls einen weiteren dankenswerten Beitrag dazu geleistet, daß die Gefahr daß man die KPÖ mit einer kommunistischen Partei verwechselt weiter gesunken ist. Die knapp 400 Wähler, die bei der letzten Wahl für die Revolution gestimmt haben, werden dies gewiß zu honorieren wissen. Und ebenso gewiß ein weiterer Teil der zuletzt verbliebenen 1.400 KPÖ-Wähler. (gf)

Politischer Bericht des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs an die 2. ordentliche Nationale Delegierten Konferenz

Beschlossen am 20.8.1980

KB Kommunistischer Bund Österreichs

BESCHLUSSVORLAGEN SCHON ERHÄLTLICH!

Die wichtigsten Beschlußvorlagen, die vom ZK der Delegiertenkonferenz vorgelegt werden, können gegen einen kleinen Unkostenbeitrag bezogen werden. Postkarte oder Brief einschicken an: KB Österreichs, 1052 Wien, Postfach 101. Ebenfalls bezogen werden kann hier auch eine "KLASSENKAMPF"-Sondernummer über den Weg der ehemaligen Zentristen in den Sumpf (Preis: öS 10,-)

Klassenkampf

GERADE-WEGS IN DEN SUMPF

....

Die Gruppe der ehemaligen Zentristen im KB - eine Schädlings organisation

Flötzersteig-Ausbau in Wien:

"Kein Verständnis für Preisgabe der Volksgesundheit..."

Den folgenden Briefwechsel zwischen der Wiener Bürgerinitiative Flötzersteig und dem Bautenminister bekamen wir von einer Aktivistin der Initiative zur Verfügung gestellt.

Bei der "Flötzersteig-Autobahn" handelt es sich um einen Autobahnzubringer, den die Gemeinde Wien gegen den Protest der Anrainer durch eine bisher vom Massenverkehr relativ verschont gebliebene Wohngegend legen will. Eine (allerdings zweifelhafte) Rückendeckung hatte sich die Gemeinde dafür im April mit einer "Volksbefragung" geholt, in der über demagogische Fragestellungen die Anrainer des Zubringers gegen den Rest von Wien ausgespielt worden waren.

Nachdem nun vom Minister Schutzmaßnahmen der Anrainerbevölkerung gefordert wurden, verweist dieser zynisch auf die "vom Gesetz vorgesehenen Maßnahmen". Es ist ganz richtig, wenn die Bürgerinitiative sich von diesen Maßnahmen nichts erwartet, das ihren Interessen dient und fortfährt, ihre Sache selbst und in Zusammenarbeit mit allen anderen Wienern zu vertreten.

Sehr geehrte Frau Kuchling!

Ich danke für Ihr Schreiben vom 6.Juni 1980 und habe es zum Anlaß genommen, die zuständigen Beamten des Bundesministeriums für Bauten und Technik mit der Frage des Umweltschutzes hinsichtlich der Flötzersteig Straße neuerlich zu befassen.

Zu Ihren Ausführungen gebe ich zu bedenken, daß derzeit viele Bewohner von Städten unter Lärm- und Abgasentwicklung zu leiden haben und Straßenbaumaßnahmen darauf gerichtet sind, zumindest teilweise eine Besserung der Situation herbeizuführen. Das Bundesministerium für Bauten und Technik wird bei Vorlage der Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung alle vom Gesetz vorgesehenen Maßnahmen treffen, damit die Beeinträchtigung der Umwelt für die Anrainer der Flötzersteig Straße so gering wie möglich gehalten werden kann.

Ich bitte Sie um Ihr Verständnis für diese Situation und verbleibe

hochachtungsvoll Sekanina

Sehr geehrter Herr Minister!

Sie geben mir in Ihrem Brief vom 9.Juli zu bedenken, daß viele Bewohner von Städten unter Lärm und Abgasentwicklung zu leiden haben. Ich weigere mich, diese Plagen schicksalhaft hinzunehmen. Sie zeigen, daß wir auf einem Irrweg sind, den wir verlassen müssen, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen.

Wir müssen die Autofluten, die uns zu ersticken drohen, eindämmen und nicht durch neuzuführende Hochleistungsstraßen steigern! Die Grenze des Erträglichen ist überschritten! Wir brauchen dringend ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsnetz, denn sein heutiger vernachlässigter Zustand ist nicht imstande, das Auto weitgehend zu ersetzen. Alle Mittel müßten für den raschen Ausbau des öffentlichen Verkehrs eingesetzt werden, denn 77 % haben sich bei der Volksbefragung für seinen Vorrang ausgesprochen, demgegenüber nur 31 % für den Bau der Flötzersteig-Hochstraße!

Warum will man uns trotzdem den Bau aufzwingen, wer steht dahinter? Ich nehme an, die Auftragsforderungen der VIBÖ (Industrie und Bauwirtschaft), siehe "Presse" 18.7.1980, Seite 16. Wie es dabei zuzgehen pflegt, darüber erfahren wir seit Monaten fast täglich mit wachsendem Grausen neue Ungeheuerlichkeiten! Zynisch wird erklärt, dies sei übliche Vergabepraxis, und wir haben keinen Grund das Gegenteil anzunehmen! Dafür sollen wir nicht nur mit Geld, sondern auch mit unserer Gesundheit zahlen! Doch genug davon!

Sie versprechen zu unserem Schutz Gesetz vorgesehene Maßnahmen. Das Gesetz empfiehlt wirtschaftlich vertretbare Schutzmaßnahmen, die nicht eingefordert werden können - das erscheint uns ungenügend, denn unabdingbarer Gesundheitsschutz wird nicht zugesichert. Der Gesundheitsminister bedauerte wiederholt das Fehlen entsprechender Gesetze, ohne die er praktisch machtlos sei.

Um Verständnis bitten Sie mich vergeblich. Ich kann für die Preisgabe der Volksgesundheit kein Verständnis aufbringen, sondern sie nur immer wieder als Verbrechen bezeichnen.

Hochachtungsvoll Ursula Kuchling

Koppstraße in Wien/Ottakring: Die Luftqualität erreicht die gleichen Spitzenwerte, wie die am Wiener Innenring. Der Wiener Innenring wurde inzwischen teilweise (zwischen 22 und 5 Uhr) gesperrt, zur Koppstraße hingegen erklärte der Wiener Verkehrsstadtrat Nittel: "Ich kenne das Gutachten über die Luftqualität in der Koppstraße nicht." Die Bürgerinitiative Flötzersteig hat inzwischen den Grund für Nittels "Unwissenheit" bekanntgegeben: Nittel hatte zwar für den Straßenzug B 223 (wie der Flötzersteigausbau genannt wird) eine sogenannte "Umweltverträglichkeitsstudie" ausarbeiten lassen, jedoch die Koppstraße ausdrücklich aus dem zu untersuchenden Bereich ausgegliedert.

Ist einmal die Flötzersteigstraße fertig, so wird der Verkehr in der Koppstraße explosionsartig ansteigen.

Auf einen diesbezüglichen Brief der Anrainer erklärte Bautenminister Sekanina gegenüber den Forderungen nach Schutz vor der Verkehrsbelästigung, man solle sich mit den gesetzlich vorgesehenen Regelungen begnügen.



Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Barbara Waldschütz. Alle: 1052 Wien, Kl.Neug.11/18. Eigendruck.

Woher kommt die Inflation?

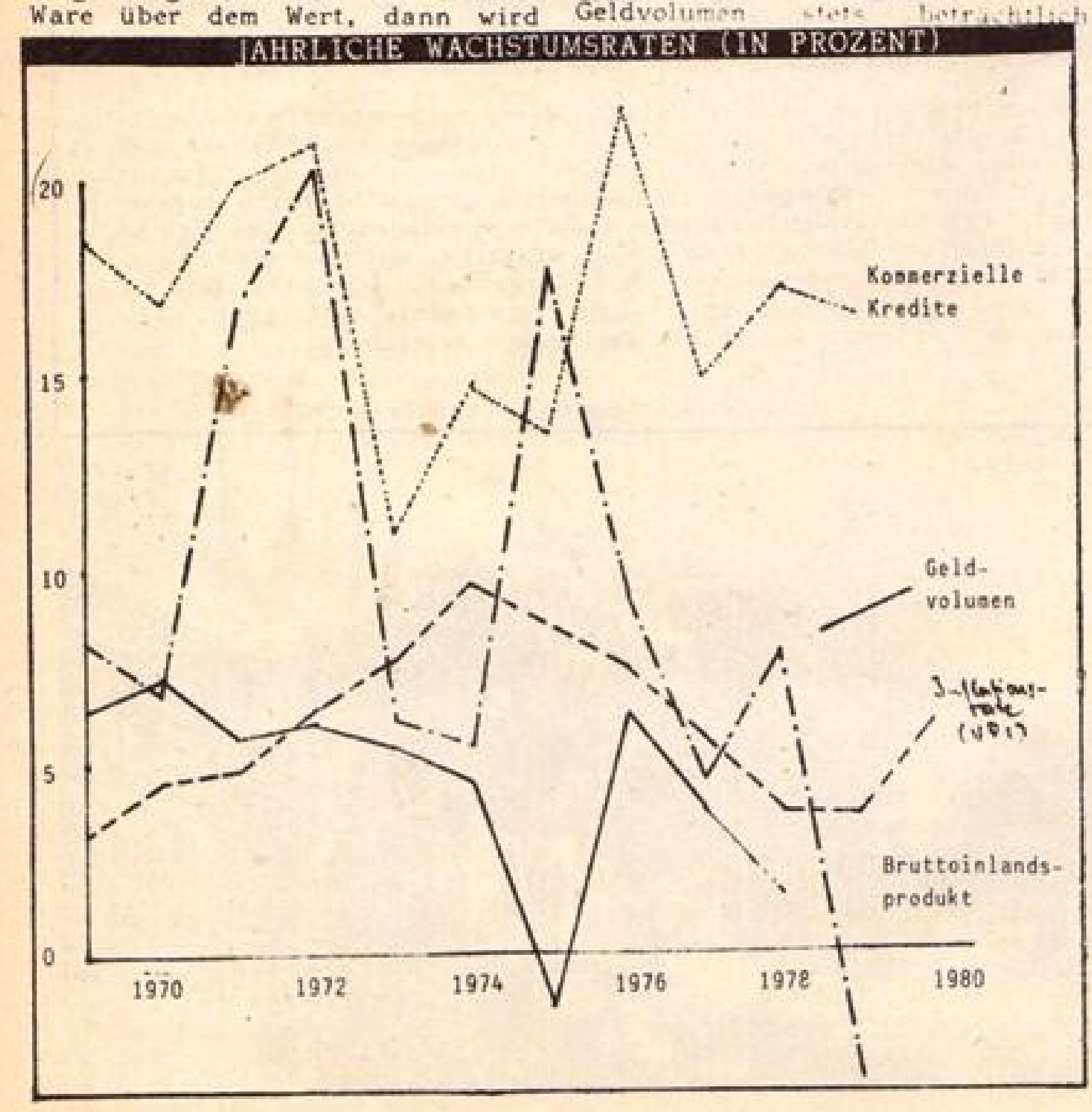
**Nachdem es einige Jahre ruhiger geworden war um die Inflation, wird sie inzwischen - neben den Zahlungsbilanzproblemen - wieder als Problem Nr.1 von der Bourgeoisie bezeichnet.
Gemessen wird die Inflation meist am Verbraucherpreisindex (VPI). Dieser lag im Juni um 7,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Seinen Höchstwert im letzten Jahrzehnt hatte er 1974 mit 9,5 Prozent. In den letzten zwei Jahren sank der Anstieg des VPI auf etwa 3,5 Prozent pro Jahr. Diese Werte, die heute als sensationell niedrig gelten, wurden vor 20 Jahren noch als Übergang von der "trabenden" zur "galoppierenden" Inflation und als äußerst gefährlich für die Wirtschaft eingeschätzt. Die Maßstäbe haben sich geändert: Ganz abgesehen einmal von all den Schwankungen, die dazu führen, daß die Inflationsraten einmal höher und einmal niedriger sind, haben sie bereits über einige Jahrzehnte hin steigende Tendenz.**

PREISSTEIGERUNG MUSS NICHT INFLATION BEDEUTEN

Was ist die Inflation? Sie drückt sich aus in Preissteigerungen. Aber nicht jede Preissteigerung bedeutet Inflation. Der Preis einer Ware kann steigen, weil ihr Wert steigt. Das hat mit Inflation bzw. "Geldentwertung" überhaupt nichts zu tun. Der Wert einer Ware steigt aber nur, wenn die Menge der für ihre Produktion notwendigen Arbeit wächst. Das ist möglich insbesondere bei Bergbauprodukten und Ähnlichem, wenn sich die Abbaubedingungen allgemein verschlechtern, oder bei landwirtschaftlichen Produkten, wenn sich die Bedinungen der Landwirtschaft z.B. aus klimatischen Gründen verschlechtern. Bei industriellen und gewerblichen Produkten kaum. Der Wert der meisten Waren hat vielmehr stetig sinkende Tendenz: In dem Maß, in dem die Produktivkraft der Arbeit steigt, sinkt der Wert des Produkts, weil weniger Arbeit für seine Produktion aufgewendet werden muß. Wir haben es also gerade mit der Erscheinung zu tun, daß ständig sinkenden Werten, ständig steigende Preise "entsprechen". Anpassung an die werte ter die Werte hinuntergedrückt Preise - z.B. für das Rohöl - von den Imperialisten durch koloniale und neokoloniale Unterdrückung und Ausplünderung lange Zeit unter die Werte hinuntergedrückt wurden, die Dritte Welt jetzt aber den Kampf um Preise führt, die den Werten entsprechen.) Wenn der inflationäre Preisanstieg nicht in der Wertsteigerung der Produkte begründet ist, vielleicht ist er dann bloß ein Steigen der Preise über den Wert?

Die Preise werden durch Angebot und Nachfrage reguliert; Angebot und Nachfrage werden durch die Werte reguliert. Sinkt nun bot, während die Nachfrage steigt; der Preis wird also wieder steigen. Liegt umgekehrt der Preis einer Ware über dem Wert, dann wird dies Kapital in diesen Produktionszweig ziehen, das Angebot steigen, während die Nachfrage nachläßt. Letztlich wird der Preis sich einmal unter dem, einmal über dem Wert befinden, aber ständig um den Wert schwanken. Diese Erscheinung gibt es überall, wo es Warenproduktion und Warenaustausch gibt. Das ist keine Besonderheit des Imperialismus, nicht einmal des Kapitalismus. Damit wird also das Phänomen der Inflation nicht erklärt. Bei der heutigen Inflation handelt es sich gerade nicht um einen zeitweiligen Anstieg der Preise über die Werte, der durch anschließendes Sinken darunter wieder kompensiert wird. Im Gegenteil: Das Schwanken der Preise einmal über, dann unter die Werte tritt heute praktisch nur mehr auf als Schwankungen im Grad des Preisanstieges. Die untenstehende Grafik zeigt deutlich, daß auch heute noch der Höhenflug der Preise sein Extrem unmittelbar vor Beginn der Krise erreicht (1974, 1980), daß mit der Krise auch der Preisanstieg nachläßt, um mit dem Aufschwung allmählich wieder anzusteigen. Unser Problem liegt aber darin, wieso es möglich ist, daß selbst am Tiefpunkt der Krise immer noch Preisanstieg stattfindet. Es gibt also zweifellos langfristige inflationäre Tendenz. Während das Bruttoinlandsprodukt von 1969 bis 1978 nominell, d.h. zu laufenden Preisen auf 252 Prozent gestiegen ist, ist es real nur auf 145 Prozent gestiegen.

Wenn die Inflation weder auf Wertsteigerungen zurückgeht, noch auf über die Werte hinausgehende Preissteigerungen, dann kann sie nur damit zusammenhängen, besser gesagt: darin bestehen, daß das Geldvolumen, vermittels dessen die produzierte Warenmasse zirkuliert, überproportional steigt, nämlich stärker als diese Warenmasse selbst. Laut Grafik wächst das Geldvolumen stets beträchtlich schneller, als das BIP (real). Relativ mehr Geld für relativ weniger Waren - das ist keine Erklärung der Inflation, sondern darin besteht die Inflation. Zwangsläufig muß das zu dem führen, was die Bürgerlichen "Geldentwertung" nennen. Unsere Frage nach den Ursachen der Inflation ist aber noch immer offen:



WOHER KOMMT "GELDENTWERTUNG"?

Möglich ist diese Entwicklung nur auf der Grundlage des Papiergeldes, das erstens selbst keinerlei Wert hat (im Unterschied zum Gold), das zweitens nicht einmal in Gold konvertibel ist (eingetauscht werden kann). Ursprünglich funktionierte Gold (und Silber) als Geld. Wenn unter Bedingungen des Goldgeldes die Geldmenge über die Warenmenge hinaus steigt, wird dies zwar zuerst zum Sinken des Goldpreises unter seinen Wert, damit aber sofort dazu führen, daß ein Teil des Goldes der Zirkulation entzogen wird; statt es unter seinem Wert herzugeben, wird man es als Schatz sammeln. Solange es Goldgeld gibt, kann es daher keine Inflation geben.

Nun kann aber das Geld in seiner Funktion als Zirkulationsmittel durchaus durch Symbole, durch Geldzeichen, ersetzt werden, durch eine Münze oder einen Zettel Papier, die zwar selbst nichts wert sind, aber so und so viel Wert bzw. Gold repräsentieren. Mit der Herausbildung des Papiergeldes, als Folge der sich entwikkelnden Warenzirkulation, ist die technische Voraussetzung geschaffen, daß sich die Entwicklung der Geldmenge gegenüber der Entwicklung der Warenzirkulation verselbständigt. Allerdings war das Papiergeld am Anfang noch durch Gold gedeckt und in Gold eintauschbar. Deshalb war der Ausweitung der Geldmenge eine Schranke gezogen. Insbesondere bedeutete dies freilich auch eine Schranke für den Staat, einfach die Notenpresse einzuschalten, "um seinen Reichtum zu vermehren". Deshalb mußte auch diese Schranke fallen; die Konvertibilität in Gold wurde beseitigt. Das Geld ist nur mehr ein Geldzeichen. Als Zirkulationsmittel funktioniert es nur kraft der staatlichen Autorität, die wertloses Papier zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt hat. Aber das Papiergeld schafft nur sozusagen die technischen Voraussetzungen der Inflation, es bringt sie nicht hervor. Man kann die Inflation nicht aus der Entwicklung der Geldmenge erklären; man muß vielmehr letzteres selbst erklären.

In der Geldmenge, die die untenstehende Grafik ausweist, ist nicht nur das Bargeld (Münzen und Banknoten) eingeschlossen, sondern auch das sogenannte "Buchgeld", das sind Sichteinlagen bei den Banken, d.h. jederzeit behebbare Einlagen der Kapitalisten. Je mehr Einlagen sie haben, desto mehr Kredite können sie geben. Die Geldmenge hat sich inzwischen auch von Münze und Papiergeld verselbständigt.
Über der Geldmenge erhebt sich weiters eine gewaltige Kreditpyramide. Die Grafik zeigt, daß das Wachstum des Kreditvolumens noch einmal weit über das des Geldvolumens hinausgeht, von der wirklichen Produktion ganz zu schweigen. Über diese Kreditexpansion wird die Inflation vermittelt: Sie bedeutet Expansion der Nachfrage, ohne entsprechende Expansion der Produktion.

AKKUMULATION VON GELDKAPITAL BEGLEITET DIE AKKUMULATION VON FUNGIERENDEM KAPITAL

Wir sind damit bei der Frage angelangt: Was führt zu dieser Aufblähung des Kreditvolumens und - als deren Grundlage des Geldvolumens?
Marx hat auf die reale kapitalistische Akkumulation begleitende Akkumulation von Geldkapital hingewiesen; mit wachsendem Umfang der Akkumulation wachsen auch die Massen an Geldkapital, die ständig im Zug des Kapitalkreislaufes freigesetzt werden, um eine Zeitlang nicht als Kapital, das die Arbeiter ausbeutet, sondern als bloßes Geldkapital, das nur Zins heckt (der bezogen wird aus der Ausbeutung der Arbeiter durch andere Kapitale), fungiert. Die Akkumulation von Geldkapital geht stets weit über die wirkliche Akkumulation hinaus.

Unter anderem wächst das Geldvolumen mit der Masse des fixen Kapitals. Dessen Wert wird stückweise auf das Produkt übertragen, stückweise fließt er daher auch wieder über den Verkaufserlös zurück. Bis Abschluß dieses Prozesses häuft der Kapitalist Geldkapital auf, um es erst später wieder in fungierendes Kapital zu verwandeln.
auf, um es erst später wieder in fungierendes Kapital zu verwandeln.
Natürlich greifen stets viele Prozesse der Verwandlung von fungierendem in Geld- und von Geld- in fungierendes Kapital ineinander, aber mit wachsender Stufenleiter dieses Prozesses wächst die Masse des flüssigen Geldkapitals stark an.

Genauso dehnen sich die für den Konsum der Kapitalisten bestimmten Teile des Mehrtwerts aus und verwandeln sich, bei den Banken konzentriert, in Geldkapital.
Verstärkt wird das alles durch den Parasitismus der Finanzoligarchie, einer kleinen Zahl von Finanzmagnaten, die überhaupt nur von Geldverleih, Wucher, Spekulation, Koupenschneiden lebt. Ganze Schichten dieser Parasiten operieren mit großen Geldkapitalmassen, die irgendwann und irgendwo dem Kreislauf des fungierenden Kapitals entzogen worden sind.

Ein weiterer verstärkender Faktor ist die Entwicklung des Banksystems selbst, das die nahezu vollständige Mobilisierung aller noch so geringfügigen "freien" Gelder aller Teile der Bevölkerung ermöglicht, damit gewaltige Beträge zusammenrafft, die ebenfalls in Geldkapital verwandelt, d.h. den Kapitalisten zur Verfügung gestellt werden können. Sogar Teile des Lohns werden auf diesem Weg wieder den Kapitalisten zugeführt. Mit der Entwicklung des Imperialismus beschleunigt sich also aus verschiedenen Gründen die Akkumulation von Geldkapital. Diese Entwicklung wird vermittels der "Kreditschöpfung" durch Banken potenziert.

Das ist aber auch unbedingt notwendig, um die Akkumulation auf immer höherer Stufenleiter zu sichern. Die Kapitalisten müssen Investitionen vornehmen, die sie bloß mit den jeweils bereits zusammengerafften eigenen Geldern überhaupt nicht finanzieren können. Wenn die die wirkliche Akkumulation begleitende, sich aber von ihr verselbständigende, immer wuchtvoller werdende Akkumulation von Geldkapital und seine Aufblähung in Gestalt fiktiven Kapitals ("Kreditschöpfung" der Banken d.h. Kredite, die wieder nur durch Kredite gedeckt sind) so einerseits notwendiges Produkt des kapitalistischen Akkumulationsprozesses ist, so ist sie zugleich Voraussetzung für seinen Fortgang.

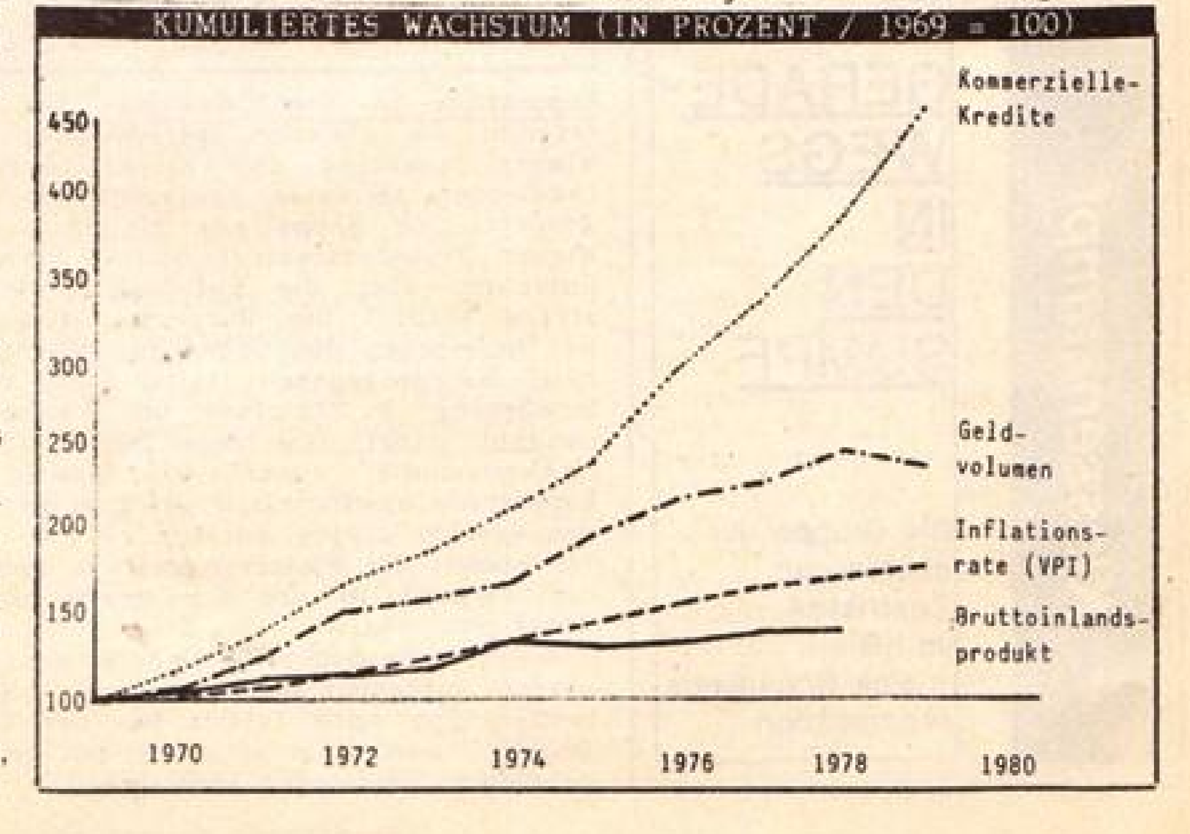
DIE ROLLE DER STAATSVERSCHULDUNG

Die Staatsverschuldung, die oft als eigentlicher Grund der Inflation genannt wird, erwächst selbst auf der Grundlage dieser Geldkapitalakkumulation. Wenn es keine freien Geldkapitalien gäbe, könnte es auch keine Staatsverschuldung geben. Deshalb ist die Auffassung ein Blödsinn, daß das Kapital schon in Ordnung wäre, jedoch der Staat Quelle der Übel. Jedoch heizt die Staatsverschuldung zweifellos die Inflation noch weiter an. Die Staatsverschuldung wächst überdurchschnittlich. Sie kennt zwar auch ihre Grenzen, jedoch liegen sie nicht darin, daß bei einem bestimmten Ausmaß der Verschuldung die Kapitalverwertung unrentabel wird. Der Staat betreibt überhaupt keine Kapitalverwertung; und gedeckt sind seine Schulden ausschließlich durch zukünftige Steuereinnahmen. Kein Kapitalist könnte ein Viertel seiner gesamten Einnahmen (Erlöse) zum Schuldenzahlen verwenden; der Staat kann es. Sowohl seine Anlagemöglichkeiten für geliehenes Geldkapital, als auch seine Deckungsmöglichkeiten durch die Volksausplünderung ermöglichen eine ganz andere Ausdehnung der Staatsverschuldung, als der Kredit- und Anleiheverschuldung überhaupt. So leistet die Staatsverschuldung ihren Beitrag zur Inflation.

DIE INFLATION KANN NUR MIT DEM KAPITALISMUS BESEITIGT WERDEN!

Die Inflation ist also eine mit dem Gang der kapitalistischen Akkumulation und mit der Entwicklung des Imperialismus mit der Verschärfung der inneren Widersprüche und dem parasitären Charakter des Imperialismus untrennbar verbundene Erscheinung. Sie ist eine gesetzmäßige Erscheinung. Die Faktoren, die ihr zugrundeliegen, wirken als langfristige Tendenzen und werden von den zyklischen Bewegungen der Konjunktur nicht aus der Welt geschafft. Deshalb zieht sich die Inflation durch Booms wie durch Krisen. Die Inflation aus dem Kapitalismus zu verbannen, ist unmöglich. Dazu müßte man die Geldkapitalbildung verbieten, das Banksystem und noch einiges andere dazu. Die Inflation resultiert nicht aus willkürlichen Preisaufschlägen der Kapitalisten, um ihre Profite aufzubessern. Allerdings - wenn sie auch nicht in einzelnen Preissteigerungen besteht, sondern im Anstieg des allgemeinen nominellen Preisniveaus - vollzieht sie sich praktisch vermittels einzelner Preissteigerungen; und natürlich versucht da jeder Kapitalist dem anderen zuvorzukommen. Insofern spielt auch der Grad der Monopolisierung der kapitalistischen Wirtschaft eine Rolle; die Monopole bereichern sich auf Kosten der nichtmonopolistischen Bereiche; die stärkeren Kapitalisten auf Kosten der schwächeren; die ganze Kapitalistenklasse auf Kosten der Arbeiterklasse und des Volkes, wie auch auf Kosten der Dritten Welt.
Wenn das Monopolkapital von dieser Seite her an der Inflation interessiert ist, bringt sie, wenn sie zu groß wird, auch wieder eine Reihe von Problemen mit sich Sie wird unkontrollierbar und zerrüttet die "Geschäftsdispositionen" Sie bedeutet auch Zunahme des Parasitismus; die Banken profitieren auch auf Kosten des wirklich fungierenden Kapitals; hier gibt es also Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie. Übersteigt die Inflationsrate die der wichtigsten anderen Länder, mit denen Handels- und Kapitalbeziehungen bestehen, dann erwachsen daraus Probleme auf dem Währungs und Zahlungsbilanzsektor. Von daher ist das Monopolkapital auch an der Eindämmung der Inflation interessiert.

Die Inflation bedeutet auf jeden Fall Umverteilung zugunsten der Kapitalistenklasse; in welchem Maß das möglich ist, hängt vom Klassenkampf ab. Die Arbeiterklasse kann aber die Inflation nur zusammen mit dem kapitalistischen System selbst beseitigen. (wl)



General Motors: Weltweite Rationalisierung

Das geplante General-Motors-Werk in Wien-Aspern - von der Regierung als Arbeitsplatzsicherungs-Großtat gepriesen - ist Bestandteil eines gewaltigen, weltweiten Umstrukturierungs- und Rationalisierungsprogrammes, mit dem General Motors die Ausbeutung seiner über achthunderttausend Arbeiter und Angestellten in aller Welt noch effektiver gestalten und seine Konkurrenten aus dem Feld schlagen will.

Die Ausgliederung von Produktionskomponenten nach Spanien und Österreich trifft vor allem die Arbeiter der westdeutschen Opel-Werke, von denen tausende um ihren Arbeitsplatz kommen sollen.

Angesichts der Autokrise, die bereits eingesetzt hat und schwerer auszufallen droht als die von 1975, hat General Motors sein weltweites Investitionsprogramm von 38 auf 40 Milliarden Dollar aufgestockt, und beschlossen, es statt in sechs in fünf Jahren durchzuziehen. Auch der größte Ausbeuter der Welt bleibt von der Konkurrenz nicht verschont, und die weltmarktbeherrschende Stellung der amerikanischen Autokonzerne wird in den letzten Jahren - bei einem Markt, der sich kaum noch ausdehnt - von der westeuropäischen, aber vor allem der japanischen Konkurrenz mit einigem Erfolg berannt.

Der größte Automarkt der Welt sind die USA, dort fahren fast 40% aller PKWs. Vom Februar 79 auf Februar 80 sank der Anteil der amerikanischen Autoindustrie an ihrem heimischen Markt von 79 auf 71 Prozent. Um den Rest reißen sich westeuropäische und japanische Konzerne, doch den Löwenanteil erhält Japan. Die japanische Autoindustrie ist jung, hat zwar technologisch noch einiges aufzuholen, ist jedoch durch das ungeheure Arbeitstempo in den japanischen Fabriken, die intensivste Ausnutzung des Arbeitstages bereits produktiver als die westeuropäischen und die amerikanische. Japanische Automobilarbeiter müssen durchwegs schon fünf oder zehn Jahre vor der Pensionierung einen Job als Portier, bei der Straßenreinigung oder dergleichen annehmen, weil sie kaputt sind. Westeuropäer und Japaner exportieren vor allem sparsamere Kleinwagen nach USA, die dort nicht entwickelt wurden, solange das Öl billig geraubt werden konnte.

Japaner und Westeuropäer beginnen auch bereits, Werke in den USA zu errichten, die Japaner auch in Europa, um ihre Marktposition abzusichern.

SEIT SIEBEN JAHREN NICHT MEHR AUTOS PRODUZIERT

Auf der Welt sind derzeit rund 300 Millionen PKW in Betrieb, jeder durchschnittlich 9,6 Jahre lang. Der Bestand an Autos nimmt zwar noch zu, die Produktion von Neuwagen stagniert jedoch schon seit Jahren: Im Jahr 1973 wurden weltweit 30 Millionen Wagen produziert, der Weltbestand betrug 235 Millionen Wagen. 1974 und 1975 sank die Weltproduktion bis auf 25 Millionen Wagen ab. Die Massen schoben damals den Ersatz ihrer alten Autos hinaus. Erst 1977 übertraf die Weltautoproduktion mit 32,6 Millionen wieder den Stand von 73, doch 1978 sank die Produktion bereits wieder auf 31,6 Millionen ab. 1979 sanken Produktion und Absatz weiter, und in den ersten vier Monaten des heurigen Jahres brach der PKW-Absatz in den Vereinigten Staaten völlig zusammen. Das einzige Land, in dem 1979 noch mehr Autos verkauft wurden als 1978 ist Österreich, und das liegt nur daran, das 1978 wegen der Einführung der 30-prozentigen Mehrwertsteuer der Autoverkauf besonders niedrig war.

Weder sind die Entfernungen zu den Arbeitsplätzen geringer geworden, noch die öffentlichen Verkehrsmittel besser oder die Autos haltbarer geworden. Indem das Kapital die Produktion immer weiter ausdehnt, und die Produktivkraft der Arbeit erhöht, schränkt es die Möglichkeit der Massen, ihre Arbeitskraft wiederherstellen, immer mehr ein, und damit auch ihre Möglichkeit, die von ihnen produzierten Güter auch zu konsumieren.

Während man den Kauf von Lebensmitteln nicht um ein Jahr oder zwei verschieben kann, kann man das mit dem Ersatz eines alten Autos sehr wohl. Darum wirken sich in der Autoindustrie die zyklischen Schwankungen besonders krass aus.

GENERAL MOTORS SCHLÄGT ZURÜCK

In dieser prekären Marktsituation muß General Motors nun seine führende Position auf der Welt behaupten, und nützt sogar die Krise dazu, seine Produktionsanlagen umzuwälzen. Alte, wenig produktive Werke in den USA werden geschlossen und -zigtausend Arbeiter entlassen, gleichzeitig auf dem modernsten technischen Stand befindlichen Werke eröffnet.

Von dem 40-Milliarden-Dollar-Investitionsprogramm sind 8 Milliarden für außeramerikanische Investitionen bestimmt, zum Großteil für Europa. Auch in Übersee soll General Motors die Nummer eines werden, hat Präsident Estes das Ziel formuliert.

In Europa werden sieben neue Werke errichtet: drei in Spanien, zwei in Österreich (Motoren und Getriebe), eines in Frankreich (Batterien), eines in Nordirland (Ersatzteile). Für die Auswahl der Standorte war ausschlaggebend der Preis der Arbeitskraft im jeweiligen Land, die Höhe der Subvention durch die Regierung (auch Spanien gibt Zuschüsse von mindestens einem Drittel der Investionskosten), und die Lage auf den zu erobernden Märkten.

Nur in Saragoza soll ein vollständiges Auto produziert werden, nämlich der Kleinwagen "City", der den europäischen und japanischen Kleinwagen Konkurrenz machen soll. Die anderen Werke sind Komponentenwerke, sie stellen nur Teile her, die dann hauptsächlich in Deutschland zusammengebaut werden sollen. Auch in Asien und Australien hat General Motors ein solches Netz von Komponentenwerken aufgebaut. Mit den neuen europäischen Werken sollen 300.000 Autos pro Jahr zusätzlich erzeugt werden, das entspricht einem Prozent der Weltautoproduktion 1979, das ist ein Marktanteil, aus dem erst einmal andere Konzerne verdrängt werden müssen! Bereits 1982/83 soll es soweit sein.

WELTWEITE VEREINHEITLICHUNG

Mit der weltweiten Arbeitsteilung soll auch eine weltweite Vereinheitlichung einhergehen. Statt verschiedenster Typen für unterschiedliche Märkte sollen nur mehr wenige Typen, und auf der ganzen Welt benutzt werden, riesige Serien ersparen Umrüstzeiten, erleichtern die Automatisierung der Produktion und die Ersetzung von gelernten Fachkräften durch durch angelernte und ungelernte Kräfte. Nationale Streiks lassen sich leichter brechen, wenn dieselbe Komponente statt aus Spanien auch aus Australien oder Manila bezogen werden kann. Länder der Dritten Welt bieten außer Niedrigstlöhnen und billigerer Rohstoffbeschaffung auch den Vorteil, daß Umwelts- und Arbeitsschutzbestimmungen, die sich anderswo die Arbeiter erkämpft haben, dort noch wegfallen.

Einen Vorgeschmack dessen, wodurch sich die neuen, durchrationalisierten Werke von den alten unterscheiden, gibt die neue Lackiererei, die demnächst in Rüsselsheim eröffnet wird. Mit neuen Anlagen und neuer Technik soll dort die Produktivität auf Anhieb um 10 Prozent gesteigert werden. Hundert Wagen pro Stunde, 1.600 pro Tag sollen hier durchgeschleust werden. Herzstück der Anlage ist das "PIS", das Produktionsinformations-System". Eine elektronische Datenverarbeitungsanlage stellt automatisch die optimale Wagen- und Farbenfolge her, um mit möglichst wenig Typen- und Farbwechsel - d.h. Stehzeit - auszukommen. Drohende "Löcher" im Arbeitsfluß werden durch sofort eingeschobene Reperaturwagen vermieden. Gleichzeitig wird der Standort jedes Wagens erfaßt und jeder Fehler protokolliert. Die derzeitige Krise, die Kurzarbeit und die geplanten Entlassungen werden als Druckmittel ausgenützt, um der Belegschaft diese Verdichtung ihres Arbeitstages, die durch das EDV-System möglich wird, aufzuzwingen.

Das Kostensenkungsprogramm von General Motors sieht auch vor, weltweit 10 Prozent aller Angestellten einzusparen. In Deutschland sollen 8,4 Prozent der Angestellten wegrationalisiert werden, das sind rund 1.000 Personen.

Der Kampf der Opel-Arbeiter

Die Opel-Arbeiter stehen mitten im Kampf gegen das Rationalisierungs- und Auslagerungsprogramm des General-Motors-Konzerns. Sie stehen im Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung durch diese Rationalisierungen, und gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Bereits in diesem Jahr werden in allen drei Opel-Werken insgesamt 5.300 ihre Arbeitsplätze verlieren, nachdem schon seit acht Monaten in Rüsselsheim kurzgearbeitet wurde.



Endmontage bei Opel Rüsselsheim

Während in Bochum, wo der Opel Kadett hergestellt wird, die Produktion noch auf vollen Touren läuft - im letzten Monat sind allerdings auch für diesen Kleinwagen die Bestellungen auf ein Drittel zurückgegangen - können die großen Typen aus Rüsselsheim schon seit längerem nicht mehr abgesetzt werden, weshalb die Arbeiter auf die Straße gesetzt werden. In hartnäckigen Auseinandersetzungen konnte der Betriebsrat einen "Sozialplan" durchsetzen. 2.800 Arbeiter in allen drei Werken zwischen 59 und 65 Jahren sollen vorzeitig in die Rente gehen. Die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und Lohn, bzw. dann zwischen der durch die vorzeitige "Verrentung" niedrigeren Rente zu der höheren, die der Arbeiter sonst bekommen hätte, bezahlt Opel. Das kostet Opel zwar 60 Millionen DM, doch der Hauptteil der Kosten wird aus den Versicherungsgeldern der Arbeiter bestritten! In Rüsselsheim sollen weitere 2.500 Arbeiter, die freiwillig kündigen, mit 6.600 bis 12.500 DM abgefertigt werden. Auch hier haben sich vor allem ältere Arbeiter gemeldet, oder solche, die wissen, daß sie wegen häufiger Krankenstände sowieso auf der Abschußliste stehen. Dem Opel-Management gelingt es so, die Krise auch zur Verjüngung der Belegschaft ausnützen. Versuche, mittels Vorschlagslisten der Meister auch besonders aufmüpfige Arbeiter auszumustern, wurden bisher von der Belegschaft verhindert.

LOHNNIVEAU WIRD GESENKT

In Bochum, werden hauptsächlich die niedrigeren Lohngruppen aufgefüllt, es werden Arbeiter in andere Abteilungen versetzt, wo sie weniger bezahlt bekommen, und es werden ständig Arbeiter entlassen und gleichviele aufgenommen, soadaß eine beträchtliche Anzahl immer erst den niedrigen Anfangslohn bezieht. Insgesamt wird dort in den letzten Monaten das Lohnniveau spürbar gesenkt.

NOCH 5000 SOLLEN GEHEN

Durch die Auslagerung von Produktionskomponenten soller 1981 weitere 5000 Arbeitsplätze verloren gehen. Nach den Betriebsferien 1981 sollen nur mehr 57% der Hinterachsen, 43% der Getriebe (die gehen nach Japan und Österreich) und 42% der Motoren (die gehen nach Brasilien, Österreich und Australien) produziert werden.

Als der Personalchef Schlotfeldt im April auf der größten Betriebsversammlung in Rüsselsheim seit langem "keine Entlassungen, sondern zusätzliche Arbeitsplätze und Investitionen" als den Zweck des Rationalisierungsprogramms anpries, antwortete ihm minutenlanges Pfeifen und Buh-Schreien von achttausend versammelten Arbeitern.

Der Betriebsratsvorsitzende forderte den Stop des Investitionsprogramms und die Rücknahme der Ausgliederungsentscheidung.

Ein Teil der Kadett-Produktion solle nach Rüsselheim verlegt werden (anstatt das ständig Arbeiter nach Bochum "ausgeliehen" werden), doch in erster Linie sollte es mehr Pausen geben, eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung und Frührenten ohne Lohneinbuße. Einen Teilerfolg hatte die Belegschaft erzielt: sechs Minuten mehr Erholpausen für Akkordarbeiter. Die Redner machten klar, daß dies nur der Anfang war, fünf Minuten pro Stunde sei das Ziel. Auch die Offenlegung der Akkorde wurde durchgesetzt, der durch den Wechsel verschiedener Typen und Sonderausstattungen für die Arbeiter schwer zu durchschauen war und zu ständigem Betrug an der Belegschaft benützt wurde. Diese Teilerfolge und die Betriebsversammlung, die sieben Stunden dauerte und dazu führte, daß während einer ganzen Spätschicht kein einziger Wagen vom Band lief, halfen, die Front gegen das Investitionsprogramm weiter aufzubauen.

Der Kampf gegen die Pläne, 8,4% des Angestelltenstabes zu entlassen, wird mit Überstundenverweigerung und der Verweigerung von Neueinstellungen geführt. Die Entlassung von 163 Angestellten der Abteilung Produktion, Entwicklung, Technik konnte so verhindert werden.

Mitte Mai hat die Vertreterversammlung der IG Metall Darmstadt einstimmig den Antrag der 50 Opel-Vertreter angenommen, Kampfmaßnahmen gegen die Ausgliederungspläne durchzuführen. Ortsverwaltung, Bezirksleitung und Vorstand werden aufgefordert, öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampfmaßnahmen zu unterstützen. eine große Demonstration in Rüsselsheim ist geplant, später sollen Arbeitsniederlegungen folgen.

Ein Treffen der europäischen General-Motors-Betriebsräte im Mai hatte den Austausch von Information zum Inhalt, ein weiteres Treffen, zu dem auch amerikanische Betriebsräte kommen sollen, ist geplant, dort soll dann auch über gemeinsame Kampfmaßnahmen gesprochen werden.

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER GENERAL-MOTORS-ARBEITER!

Anstatt sich auf den chauvinistischen Standpunkt zu stellen, "General Motors bringt 2.000 Arbeitsplätze nach Österreich", sollten der ÖGB und insbesondere die Metallarbeitergewerkschaft einmal klarstellen, daß hier nicht nur die modernsten Produktionsmethoden, sondern auch die modernsten Ausbeutungsmethoden nach Österreich gebracht werden sollen, und daß der Dreimilliardenzuschuß des Bundes und der Stadt Wien dazu dient, einen gewaltigen Schlag gegen die internationale General-Motors-Belegschaft zu finanzieren.

Die zweitausend österreichischen Arbeiter, denen die Regierung hier einen Arbeitsplatz gekauft haben will, sollen mithelfen, die gesamte General-Motors-Belegschaft zu ducken - und selber natürlich auch geduckt werden. Sie sollen dem Autogiganten helfen, die Konkurrenzschlacht gegen die übrigen Autokonzerne zu gewinnen, die nicht nur auf ihrem Rücken, sondern auf dem Rücken aller Automobilarbeiter ausgetragen wird.

Den Kampf der General-Motors-Arbeiter gegen das weltweite Rationalisierungsprogramm kann die österreichische Arbeiterklasse, können der ÖGB und die Metallarbeitergewerkschaft unterstützen, indem sie die Finanzierung des Projekts in Aspern mit drei Milliarden Schilling aus den Steuergeldern, die den Massen abgenommen werden, bekämpfen. (ma)

Der Vertrag Österreichs mit GM

Zu den Investitionskosten von 7.7 Milliarden Schilling erhält General Motors einen Zuschuß von 2,5 Milliarden Schilling in bar und steuerfrei. Das 300 ha große Grundstück in Aspern wird General Motors auf 99 Jahre kostenlos überlassen. Die Erschliessungskosten von 660 Millionen Schilling tragen der Bund und die Stadt Wien. Die Kanalanschlußgebühr von 9,1 Millionen Schilling wird General Motors erlassen.

Österreich verpflichtet sich zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs laufend ausreichend qualifizierte Bewerber anzubieten. Wenn nicht genügend vorhanden sind, läßt Österreich auf Staatskosten Fachkräfte ausbilden. Bildet General Motors selbst die Kräfte aus übernimmt der Staat 70 Prozent der Kosten, inklusive der Löhne. Zur Lehrlingsausbildung werden pro Kopf und Monat 2.000,- Schilling Kopfprämie bezahlt. Der Staat verpflichtet sich auch, wenn wenn nicht genügend österreichische Arbeitskräfte vorhanden sind, Gastarbeiter im erforderlichen Ausmaß zuzulassen.

***

Das Interesse der Monopolbourgeoisie an dem Werk besteht natürlich darin, daß General Motors in Österreich einkaufen und im Ausland verkaufen soll. Wenn Kreisky die Milliardenförderung damit begründet, daß ja außer den 2.000 Arbeitsplätzen bei GM noch 8.000 Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben "gesichert" würden, so drückt dies - wenn überhaupt etwas - aus, in welcher Größenordnung sich die Stahlindustrie hier einen zusätzlichen Markt, zusätzliche Möglichkeiten ihre Profite zu realisieren erhofft. Zweitens erwartet man natürlich einen verstärkten Devisenzufluß, der die Handelsbilanz aufbessern soll.

Die schwächlichen Proteste aus bestimmten Kreisen der Bourgeoisie haben ihren Grund darin, daß sich diese Kapitalisten selber ein Bröcklein von diesem Förderungskuchen erwartetet haben, zum Teil auch darin, daß sie fürchten, daß der zusätzliche Arbeitskräftebedarf im Wiener Raum das Lohnniveau ungünstig - in ihrem Sinn - beeinflussen könnte.

Philips:
Kampf gegen Schichtarbeit

Vorläufiges Ergebnis der Einführung der Schichtarbeit im Wiener Philips-Fernsehwerk: 500 Schichtarbeiter. Gegenüber den erst gerüchteweise bekanntgewordenen Plänen ist Philips damit schon im Verzug. Ebenso ist es mit der Übersiedlung ins Liesinger Werk: sie scheiterte bisher, scheint es, an produktionstechnischen Gründen.

Ein gewaltiges Hindernis für die Ausdehnung der Schichtarbeit nannte BRO Pazdera: "Wir bekommen keine Frauen für die Schicht". Denn die Belegschaft ist überwiegend gegen die Schicht und nicht bereit die für die für die Überstellung in die Schicht nötige Unterschrift zu leisten. Dementsprechend erklärte der BRO in der Halle, daß er bisher seine Zusage erst für 400 Schichtarbeiter erteilt hat.

Er könne sich, so sagte er weiter, "nur auf die Seite derer stellen, die gegen die Schicht sind". Wenn es tatsächlich so sein sollte, so wäre das nicht schlecht. Denn für die Belegschaft ist klar, daß eine Verhinderung der Schichtausdehnung gegen den Betriebsrat wesentlich schwieriger durchzusetzen ist. Der Betriebsrat muß jetzt von der Belegschaft auf diese Äußerungen festgelegt werden und in der Sache einen Auftrag bekommen. Denn bisher fehlt jede wirkliche Stellungnahme des BRO zur Schicht, sowie jegliche Information über bisherige Genehmigungen, Betriebsvereinbarungen etc. Die Betriebszelle hat schon früher im VIDEOSIGNAL geschrieben, daß, solange Pazdera nicht offen Stellung nimmt, davon ausgegangen werden muß, daß er die Belegschaft in falscher Sicherheit wiegen will.

Mehrheitlich unterstützen die Kolleginnen und Kollegen die klaren Forderungen, die im "videosignal" angegeben werden und versuchen dementsprechend den Betriebsrat unter Druck zu setzen. Immer wieder, wenn sich Kollege Pazdera an den Bändern blicken läßt, werden ihm konkrete Fragen gestellt, wie z.B.: Wie steht's mit 30% Schichtzulage?", etc., wobei es ihm dann meist schwerfällt, sich vor eindeutigen "Stellungnahmen zu drücken.

"Der Betriebsrat kommt erst auf Trab, wenn was im VIDEOSIGNAL steht, dann muß er sogar eine Vorstandsitzung wegen des warmen Essens für uns machen", ist die Meinung vieler Kollegen.

Trotzdem ist es so, daß zwar in den letzten Tagen weniger, in der Zeit zuvor jedoch umso mehr die Schichtarbeit langsam aber stetig ausgedehnt wurde. Die Belegschaft muß den Kampf gegen die Schichtarbeit unbedingt mit dem Kampf um Verbesserungen für die Schichtarbeiter verbinden. Hier gibt es wirklich ein enormes Betätigungsfeld. Die Schichtarbeiter erhalten täglich nur 7,75 Stunden bezahlt. Die 15-Minutenpause ist unbezahlt und der Arbeitstag darf wegen des exakten Schichtwechsels nur 8 Stunden dauern. Es gibt für die Schichtarbeiter nach wie vor kein warmes Essen, bestenfalls lauwarme Würstel. Die finanzielle Abgeltung für die Spätschicht mit 7 Schilling per Stunde ist zu gering. Wir erheben die Forderung nach 30% des Lohns für die Spätschicht und 50% für die Nachtschicht. Beides ist bei Philips nötig, denn die zwei Stunden zwischen 20 und 22 Uhr bedeuten für die Frauen Nachtschicht. Nicht zuletzt die mörderische Verbindung von Akkordarbeit und Schichtarbeit macht eine Arbeitszeitverkürzung notwendig. Im konkreten Fall schlagen wir, um auch gleich einen innerbetrieblichen Schritt zur 35-Stundenwoche zu setzen, vor: Eine halbe Stunde bezahlte Pause täglich, bei gleichbleibendem Schichtwechsel. Das würde eine erste Reduktion der Arbeit auf 37,5 Stunden per Woche bringen.

Daß all diese Maßnahmen wirklich unbedingt nötig sind, sagen immer mehr Arbeiter, vor allem Schichtarbeiter. Denn die Erfahrungen, die sie in 5 Monaten machen konnten, waren ausreichend. Kaum ein Tag, wo nicht infolge der Arbeitsbedingungen jemand zusammenbricht. Kaum ein Tag an dem nicht mindestens vierzig von vierhundert zur Krankenschwester kommen, um sich Pulver gegen Kopfschmerzen oder zur Kreislaufstärkung zu holen. Dazu sollen nun noch Neufestsetzungen der Akkordsätze, also Verschärfungen kommen. Im Werk im 3.Bezirk sind die Sätze schon erhöht worden. Wie meist gehen die Erhöhungen einher mit der einen oder anderen Pseudo-Veränderung. Aber in Wirklichkeit geht die gesamte Erhöhung einzig und allein auf die verstärkte Verausgabung von Nerven- und Muskelkraft zurück. Daher müssen sie unbedingt abgelehnt werden.

In der Vergangenheit hat der BRO allen Akkordverschärfungen zugestimmt. Mit dieser Vergangenheit wird ihn die Firmenleitung leicht dazu bringen können, daß er wieder zustimmt; dazu muß es aber nicht kommen. Denn der Akkord hat an einigen Bändern, wie etwa am Laufwerkband bereits derartige Ausmaße angenommen, daß die Belegschaft Druck machen wird. Zudem wird eines der vier Laufwerk-Bänder nun erstmals in Schicht gefahren. Die drei anderen Bänder-Belegschaften haben sich geweigert. (Zelle Horny)

VEW-Schliessung

Ende 1981 wird das VEW-Werk in Wien geschlossen. Die Produktion soll in die Steiermark, nach Judenburg und Kapfenberg verlegt werden. Angeblich werden dadurch die Arbeitsplätze in Judenburg gesichert. Deshalb hat auch der Betriebsrat der Schließung des Wiener Werks zugestimmt; in Wien gäbe es ja ohnehin genug Arbeitsplätze, vor allem wenn dann auch General-Motors die Produktion aufnimmt. In Judenburg soll ja bekanntlich bis Ende 1981 das Stahl- und das Stabwalzwerk sowie die Schmiede geschlossen werden. Das betrifft 900 Arbeiter. Für 700 wurden Ersatzarbeitsplätze zugesagt, die anderen 200 will man durch "natürlichen Abgang" loswerden.

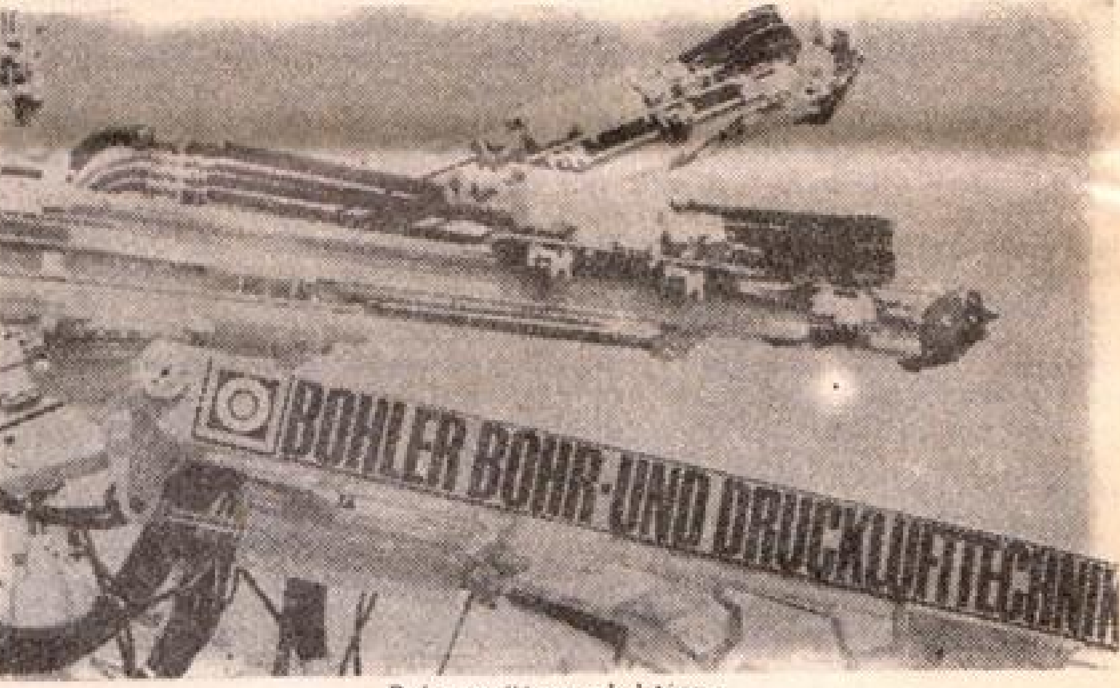
DIE WIENER GEGEN DIE JUDENBURGER ARBEITER AUSSPIELEN

In Wien werden Großbohrgeräte und Bohrkronen hergestellt. Die Produktion der Bohrkronen soll nach Judenburg verlegt werden, die Großbohrgeräte nach Kapfenberg. Dafür soll Kapfenberg die Blankstahlerzeugung an Judenburg abgeben.

Aber es geht nicht nur um die Verlegung der Produktion. Hand in Hand damit gehen Angriffe auf die Arbeiter der VEW: In Wien sind 440 Arbeiter beschäftigt. Nach der Verlegung sollen in Judenburg 180 bei der Bohrkronenproduktion arbeiten und in Kapfenberg 209 bei den Großbohrgeräten. Zusammen also 389. Das bedeutet eine Einsparung von 50 Arbeitern. Außerdem ist das Lohnniveau in der Steiermark niedriger als in Wien.

Schon einmal wurde mit der Verlegung der Bohrgeräteproduktion ein schwerwiegender Angriff gegen die Arbeiter durchgesetzt. Bis 1972 wurden diese Bohrgeräte in Kapfenberg erzeugt. Die Versuche des Vorstands, den Dreischichtbetrieb einzuführen scheiterten damals am Widerstand der Kapfenberger Arbeiter. Die Bohrgeräteproduktion wurde nach Wien verlegt und hier von Anfang an im Dreischichtbetrieb durchgeführt. Wenn sie jetzt wieder nach Kapfenberg zurückverlegt wird, ist der Dreischichtbetrieb "selbstverständlich".

700 Ersatzarbeitsplätze für Judenburg - das haben der Vorstand und der Betriebsrat vereinbart, nachdem die Judenburger Arbeiter mit einem Warnstreik zeigten, daß sie der ersatzlosen Schließung der wichtigsten Teile des Judenburger Werkes nicht einfach zusehen werden. Wie sieht es nun mit diesen 700 Ersatzarbeitsplätzen aus? Die Verlegung der Bohrköpfeerzeugung von Wien nach Judenburg soll 180, die Verlegung der Blankstahlerzeugung von Wien nach Judenburg 155 Ersatzarbeitsplätze bringen. Also 355 Arbeitsplätze für Judenburg auf Kosten der Arbeiter in Wien und Kapfenberg. Ausspielen der Arbeiter der verschiedenen Standorte gegeneinander, um insgesamt zu rationalisieren, die Intensität der Arbeit zu erhöhen, Arbeiter einzusparen. Über die restlichen 265 Ersatzarbeitsplätze für Judenburg war bisher weder vom Betriebsrat noch vom Vorstand etwas zu erfahren, außer: "Es wird deswegen verhandelt". Die Andeutung, daß ein Teil der Judenburger bei der VOEST-Alpine in Donawitz Arbeit finden könnte ist äußerst unglaubwürdig. In Donawitz wurden gewaltige Rationalisierungen durchgeführt, oder sind noch im Gange - vor allem handelt es sich dabei um drei neue Stranggußanlagen und das neue Drahtwalzwerk. Damit wird die Produktivität wesentlich erhöht. Da aber gleichzeitig keine Produktionsausweitung möglich ist, soll die Belegschaft von derzeit 5060 auf 4500 reduziert werden! (dr)



Bohrgeräteproduktion:
Verlegt, um Widerstand gegen Schicht zu brechen.

Polizeieinsatz gegen VIDEOSIGNAL

Schon ebenso regelmäßig wie das Verteilen des VIDEOSIGNAL vor dem Liesinger Philips-Werk ist das Auftauchen der Polizei. Es handle sich beim Gehsteig vor dem Fabrikstor um Privateigentum, sagt sie. Gerade wegen des Privateigentums stehen wir allerdings da. Bisher ist es auch der Polizei kein einziges Mal gelungen, die Agitation wirklich zu unterdrücken, wenngleich sie natürlich vielfach gestört hat. Die Belegschaft verfolgt die Auseinandersetzungen nicht nur mit Interesse, sie ergreift auch Partei. Etwa indem Arbeiter, wenn die Polizei da ist, gleich mehrere Flugblätter nehmen: "Ich teil's drinnen aus." Aber die Absichten der Kapitalisten scheitern nicht nur an unseren Verteilern und den Arbeitern. Letztes Mal wurde mit einem der angerückten Polizisten über die notwendigen Lohnerhöhungen debattiert. Ebenso sind die zuständigen Leute von der Philips-Betriebsaufsicht, ehemalige Arbeiter, nicht so hundertprozentig bei der Sache. "Man kann übers VIDEOSIGNAL sehr gut reden, ist interessant". - Trotzdem, die Polizei wird wieder regelmäßig auftauchen.

Im Liesinger Werk wurden bereits etliche unserer Wandzeitungen zum KV, mit derForderung 9%, mindestens 900 Schilling aufgehängt. Solange unsere Politik den Arbeitern nutzt, was auch hierin zum Ausdruck kommt, sind auch die Bedingungen für die Auseinandersetzungen mit der Polizei günstig. (Zelle Philips)

Wertheim: Leitstand soll Arbeitstag verdichten

Freitag, den 18.7.1980 stimmte der Arbeiterbetriebsrat der Installierung des Leitstandes zu. "Gesetzlich sei nichts zu machen. Außerdem seien 5 oder 6 Wochen Streik notwendig, um so etwas verhindern zu können. Ein so langer Streik sei aber heute nicht drin." Der Angestelltenbetriebsrat schwieg zum Leitstand von Anfang an, obwohl Teile der Angestellten direkt von Rationalisierungen bedroht sind. Mittwoch, den 23. Juli entschied die Oppositionsliste des Betriebsrates, trotz ihrer vorherigen Zustimmung zum Leitstand, für September eine Urabstimmung vorzubereiten. Bis dahin wurde das Problem vertagt.

Die Firmenleitung erhofft sich vom Leitstand eine Steigerung ihrer Gewinne. Dazu hat sie dreifachen Anlaß:

DER LEITSTAND INTENSIVIERT DIE ARBEIT

Der Leitstand soll nach den Anpreisungen der Hersteller zentrale Einrichtungen über jeden Arbeitsplatz ermöglichen. Tatsächlich erfolgt eine allseitige Kontrolle des Arbeitsfortschrittes erstens durch Aufsichtspersonal oder Meister, zweitens durch automatische Leistungsschreiber, die an die Maschinen angeschlossen werden. Alle Daten der Fertigung sollen in einem System von Karteikarten erfaßt werden, die ihrerseits in der Zentrale in eigenen Geräten übersichtlich angeordnet werden. Das ganze System hat den Zweck, die Poren des Arbeitstages zu schließen, Stillstand und Langsamzeiten auszuschalten. Was in 8 Stunden erledigt wurde, soll jetzt in weniger als 8 Stunden geschafft werden, obwohl weiter 8 Stunden gearbeitet wird. Die Kapitalisten gewinnen Mehrarbeit dazu. Der Arbeitstag wird in sich länger und mit ihm die Zeit, die unbezahlt gearbeitet wird, denn der Gegenwert des Lohnes ist schon nach wenigen Stunden hergestellt. Das bedeutet Steigerung der Ausbeutung und rascheren Verschleiß der Arbeitskraft.

DER LEITSTAND RATIONALISIERT UNTER DEN ANGESTELLTEN

Die Karteikarten werden als Grundlage für die gesamte Buchhaltung und Lohnverrechnung des Betriebes angepriesen. Sie können sowohl manuell als auch durch Rechner und automatische Drucker ausgewertet werden. Das soll Arbeit sparen und in der Folge für die Kapitalisten Angestellte erübrigen.

Für das Unternehmen sind die Angestellten in der Arbeitsauswertung und Verrechnung zwar für die Geschäftsabwicklung notwendig, aber "unproduktiv", das heißt, sie schaffen keinen Mehrwert. Sie müssen umgekehrt aus dem Mehrwert bezahlt werden, als "tote Kosten" oder Abzug vom Profit. Wird ihre Zahl verringert, verbleibt den Kapitalisten höherer Profit. Der Leitstand gefährdet so einen Teil der Angestellten direkt und schwächt dadurch die gesamte Belegschaft.

DER LEITSTAND VERKLEINERT DIE AUSLAGEN DER KAPITALISTEN FÜR MASCHINEN UND LAGERHALTUNG

Über den Leitstand wird angestrebt, die Maschinerie ständig auf Touren zu halten und Störfälle rasch zu überbrücken. Dadurch soll erstens die Lagerhaltung verringert werden. Zweitens soll die Maschinerie einen größeren täglichen Ausstoß erreichen und so ihren Wert vorzeitig auf das Produkt übertragen. Für die Kapitalisten verkürzt sich dadurch die Zeit, für die sie das in den Maschinen angelegte Kapital binden. Sie bekommen es zurück durch den Verkauf der Ware, die mit Hilfe der Maschinen angefertigt wurden, in denen unter anderem auch der Wert der Maschinen ist. Aber sie bekommen dieses "fixe Kapital" jetzt früher zurück. Sie können es vorzeitig wieder dazu verwenden, Produktionsmittel zu kaufen und Lohnarbeit auszubeuten.

Die Belegschaft lehnt die verschärfte Kontrolle und Antreiberei durch den Leitstand ab. Es gibt aber auch Kollegen, die einen rascheren Materialfluß befürworten weil Wartezeiten sowieso ärgerlich seien.

Diese Kollegen übersehen, daß dies notwendig mit intensiverer Arbeit und Steigerung der Ausbeutung verbunden ist. Dem Unternehmen geht es nur insofern um den Materialfluß, als das Material rascher Arbeit einsaugen soll, rascher im Wert wachsen soll, ohne herumzuliegen. Die technischen Belange sind dem untergeordnet, sie dienen nur der Steigerung des Profits. Deshalb muß es der Belegschaft in erster Linie darum gehen, die Verschärfung der Ausbeutung abzuwehren.

DIE ZUSTIMMUNG DES BETRIEBSRATS ZUM LEITSTAND FÄLLT DER BELEGSCHAFT IN DEN RÜCKEN

Sie dienen dem Schindler-Konzern und der Creditanstalt Bankverein, nicht aber den Arbeitern und Angestellten. Diese Zustimmung muß rückgängig gemacht werden. Das Argument, "gesetzlich sei nichts drin, ist Unsinn. Es gibt weder ein Gesetz, das den Leitstand gebietet, noch eines, das den Kampf dagegen verbietet. Wenn es aber eines gäbe, so müßte der Leitstand trotzdem verhindert werden. So z.B.wie der 10 Stundentag abgeschafft wurde, obwohl er gesetzlich gedeckt war und es verboten war, gewerkschaftlich zu kämpfen.

Die Behauptung, 5 bis 6 Wochen Streik seien notwendig, dient nur der Abschreckung zu kämpfen.

Schon ein Warnstreik von einer Stunde kann die Lage völlig verändern, weil die Firmenleitung Angst kriegen muß, mit der Installierung des Leitstandes nicht durchzukommen.

Die falsche Entscheidung des Betriebsrates ist unter der Belegschaft auf Ablehnung und Proteste gestoßen. Die Oppositionsliste des Betriebsrates hat daraufhin eine öffentliche Sitzung einberufen, in der die Vorbereitung einer Urabstimmung über den Leitstand beschlossen wurde. Sie soll im September, nach den Urlauben abgehalten werden. Das ist ein richtiger Schritt, um die Lage zum Besseren zu wenden und die Entscheidung des Betriebsrates zu korrigieren. Trotzdem darf nicht einfach zugewartet werden. Die Belegschaft sollte über ihre Vertrauensleute den Betriebsrat auffordern, seine Zustimmung zum Leitstand zurückzuziehen und ihn dazu verpflichten, den Kampf gegen die Installierung des Leitstandes zu führen. Zelle Wertheim

Lohnverhältnisse im öffentlichen Dienst

Zuerst eine Übersicht: Der Bund beschäftigt zur Zeit etwa 290.000 aktive Bedienstete. Zusammen mit den zirka 180.000 Pensionisten macht das 470.000 Bundesbedienstete aus. Die Pensionisten muß man dazurechnen, weil sie - im Gegensatz zu sonstigen, normalen, Rentnern auch im Ruhestand im öffentlichen Dienst stehen, damit auch allen gesetzlichen Einschränkungen durch das Dienstrecht bis zu Grab unterliegen. Zu den Bundesbediensteten müssen noch die Landeslehrer, etwa 65.000 und ihre Kollegen im Ruhestand, ca. 20.000 hinzugezählt werden. Das sind also 555.000 Menschen, von denen noch viele Familie haben, so daß rund 1/7 aller Österreicher finanziell allein vom Bund abhängt. Die 9 Bundesländer (mit Wien) beschäftigen zusammen etwa 105.000 Aktive und haben circa 30.000 Pensionisten. Die Gemeinden in Österreich haben an die 70.000 Beschäftigte und etwa 10.000 Pensionisten. Zu ihnen kommen noch ca. 25.000 Bedienstete von Krankenanstalten, verschiedenen öffentlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Betrieben. Alle zusammen machen 795.000 Menschen aus, zu denen noch die Angehörigen zu zählen sind. Man kann sagen, daß von den Löhnen, die der bürgerliche Staat und seine Einrichtungen (die Gebietskörperschaften) zahlen, gut ein Viertel aller Österreicher abhängt. Deshalb haben die Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst eine entscheidende Bedeutung - zusammen mit der Metallindustrie - für das Lohnniveau.

Bei den Berechnungen, die den Schaubildern zugrunde liegen, wurden nur die aktiven Beschäftigten des Bundes berücksichtigt. Da der Staat, im Gegensatz zu den privaten Kapitalisten, über seine Diener keine Lohnstatistiken veröffentlicht, mußten die nötigen Daten aus dem Stellenplan ermittelt und mit Hilfe des Gehaltsschemas und der Stärke der Geburtenjahrgänge ermittelt werden. Da dieses Verfahren umständlich und relativ ungenau ist, können wir mit diesen Angaben wohl vorläufig operieren, sie müssen aber ergänzt (Länder und Gemeinden) und überprüft werden. Sie bieten aber auf jeden Fall einen Anhaltspunkt, um sich die Lohnstruktur im Staatsdienst grob zu veranschaulichen, um einen Vergleich mit der Metallindustrie zu ermöglichen, um die Wirkung von Lohnforderungen zu überprüfen, mit anderen Worten, um sich auf die im Herbst anstehenden Gehaltsverhandlungen vorzubereiten.

Der erste Eindruck täuscht nicht: der bürgerliche Staat beschäftigt die Masse der Staatsdiener mit außerordentlich niedrigen Löhnen, bzw. Gehältern.

Die sozusagen relative Sicherheit der Anstellung, die durch die Pragmatisierung bei der Mehrzahl der Staatsdiener gegeben ist, wenn und soweit sie sich dem Dienstrecht unterwerfen, bezahlen die Massen der Beamten mit besonderer Entrechtung und mit einem weit unterdurchschnittlichen Lohn. Über dem Durchschnitt liegen nur langgediente B-Beamte und Akademiker im Staatsdienst mit mehr als 20 Dienstjahren. Über dem Durchschnitt liegen natürlich alle leitenden Beamten, deren Spitzengehälter fast 50.000,- Schilling erreichen. Ihre Zahl ist verschwindend gering, verkehrt proportional zur Kommandogewalt im Namen des imperialistischen Staates, die sie ausüben.

Dann gibt es noch zwei weitere Merkmale, die sich ins Auge springend von den Verhältnissen in der Metallindustrie unterscheiden. Das eine ist das Fehlen des "Bergs" der Facharbeiterlöhne der Metallarbeiter, das andere das Fehlen von ausgeprägten Spaltungsgräben. Die Facharbeiter, die es auch beim Bund gibt, machen natürlich nicht die Masse der Staatsdiener aus. Doch werden sie mit Sicherheit schlechter bezahlt als der Durchschnitt der Metallarbeiter und liegen ungefähr in der Lohnhöhe mit der Elektroindustrie auf einer Stufe (siehe Klassenkampf Nr. 14/80). Die ausgeglichene Lohnstruktur, was den Verlauf der Verteilungskurve betrifft, ist durch eine besondere Breite gekennzeichnet. Das ist Ausdruck der Fesselung besonderer Art, die im Staatsdienst herrscht, der Pragmatisierung und des Gehaltsschemas. Für einen höheren Lohn braucht niemand zu kämpfen wenn er "sicher" alle zwei Jahre vorrückt. Diese materielle Sicherheit besonderer Art ist die Grundlage für eine ideologische Bindung an den imperialistischen Staat, die von der ökonomischen Seite wirkt, die Kollegen voneinander und von der Masse der nichtstaatlichen Lohnarbeiter abspaltet durch Abstumpfung, durch das scheinbare Überflüssigwerden von Lohnkämpfen. Darüber erfolgt die ideologische und politische Spaltung der öffentlichen Bediensteten, im Unterschied zu den Industriearbeitern, bei denen die Zerklüftung der Lohnstruktur wirkt. Im Staatsdienst gibt es daher auch keine Angst davor, als älterer Lohnabhängiger auf die Straße gesetzt zu werden und eine neue Arbeit nur unter schweren Lohneinbussen, wenn überhaupt, zu finden. Die Frage der Solidarität mit den Arbeitslosen ist daher für den Staatsapparat auch ideologisch für ihn günstig behandelt. Der Starrheit der Bindung seiner Diener an einen bestimmten Arbeitsplatz wirkt er ohnehin seit Jahren mit solchen Reformen entgegen, bei denen die Mobilität und der Leistungsansporn auf verschiedene Weise vergrößert werden.

Die Verhältnisse bei Post und Bahn bestätigen den Gesamteindruck. Da bei der Bahn zu einem großen Teil produktive Arbeit geleistet wird, ist der Unterschied zu den Metallarbeitern besonders wesentlich. Sehr deutlich ist auch der Abfall gegenüber dem öffentlichen Dienst gesamt. Sowohl was die größte Gruppe von Lohnempfängern betrifft, die um eine Klasse niedriger liegt, als auch was den Median betrifft, der um zwei Klassen tiefer liegt. Der Median ist die Grenze, unter der (und über der) 50 % der Lohnabhängigen sind.

9% mindestens S 900,-!

Schließlich zeigt der Vergleich der jetzigen Lohnstruktur mit der Forderung 9 %, MINDESTENS S900,-, welche Vorteile für die besonders schlecht bezahlten Kollegen der Mindestbetrag bringt. Die stärkste Gruppe liegt nur unter dieser Bedingung über dem derzeitigen Median und hat sich gegenüber der jetzigen Hauptgruppe um zwei Lohnklassen verbessert. Anschaulich wird dabei auch die Gesamtverbesserung im öffentlichen Dienst in Richtung der gesamten Metallindustrie deutlich. Ausdruck eines notwendigen und möglichen Zusammenschlusses im Kampf um den Wert der Arbeitskraft. (pepi)

BEAMTE DER ALLGEMEINEN VERWALTUNG 1. 1. 80

Monatsbezüge ab 1. Jänner 1980

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe E	D	C	B	A
	I. Dienstklasse				
1	5621*)	6007*)	6539*)	–	–
2	5621*)	6007*)	6539*)	–	–
3	5621	6007	6539	–	–
4	5779	6266	6818	–	–
5	5937	6524	7097	–	–
	II. Dienstklasse				
1	6095	6782	7375	7788*)	–
2	6196	6940	7548	7788*)	–
3	6296	7099	7721	7788	–
4	6396	7256	7893	8135	–
5	6496	7414	8066	–	–
6	6597	7571	8253	–	–
	III. Dienstklasse				
1	6697	7731	8439	8502	10.369*)
2	6798	7884	8628	8868	10.369*)
3	6898	8045	8813	9236	10.369
4	6998	8215	9000	9603	–
5	7099	8385	9186	9972	–
6	7198	8556	–	–	–
7	7299	8726	–	–	–
8	7399	–	–	–	–
9	7499	–	–	–	–

Gehaltsstufe	Dienstklasse IV	V	VI	VII	VIII	IX
1	8.898	12.297	15.234	18.764	25.660	36.952
2	9.372	12.786	15.724	19.405	27.064	39.072
3	9.848	13.277	16.212	20.042	28.468	41.193
4	10.339	13.765	16.851	21.446	30.590	43.316
5	10.828	14.254	17.491	22.850	32.709	45.435
6	11.317	14.743	18.127	24.256	34.831	47.557
7	11.806	15.234	18.764	25.660	36.952	–
8	12.297	15.724	19.405	27.064	39.072	–
9	12.786	16.212	20.042	28.468	–	–

DAZ gemäß § 29 des Gehaltsgesetzes 1956

*) Einschließlich Ergänzungszulage zur Erhöhung der Anfangsbezüge

BEAMTE IN HANDWERKLICHER VERWENDUNG 1. 1. 80

Monatsbezüge ab 1. Jänner 1980

Dienstklasse	Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe P 1 (Schilling)	P 2	P 3	P 4	P 5
I	1	6324*)	6167*)	6007*)	5742*)	5621*)
	2	6324*)	6167*)	6007	5742*)	5621*)
	3	6324	6167	6007	5742	5621
	4	6582	6425	6266	5900	5779
	5	6840	6681	6524	6057	5937
II	1	7099	6940	6782	6216	6095
	2	7256	7099	6940	6317	6196
	3	7414	7256	7099	6416	6296
	4	7571	7414	7256	6516	6396
	5	7731	7571	7414	6617	6496
	6	7888	7731	7571	6717	6597
III	1	8045	7888	7731	6818	6697
	2	8215	8045	7888	6918	6798
	3	8385	8215	8045	7018	6898
	4	8556	8385	8215	7118	6998
	5	8726	8556	8385	7219	7099
	6	8898	8726	8556	7319	7198
	7	9069	8898	8726	7420	7299
	8	9237	9069	8898	7520	7399
	9	9714	9543	9372	7621	7499

DAZ gemäß GG. 1956, § 40

*) Einschließlich Ergänzungszulage zur Erhöhung der Anfangsbezüge

Verwaltungsdienstzulage Beamte

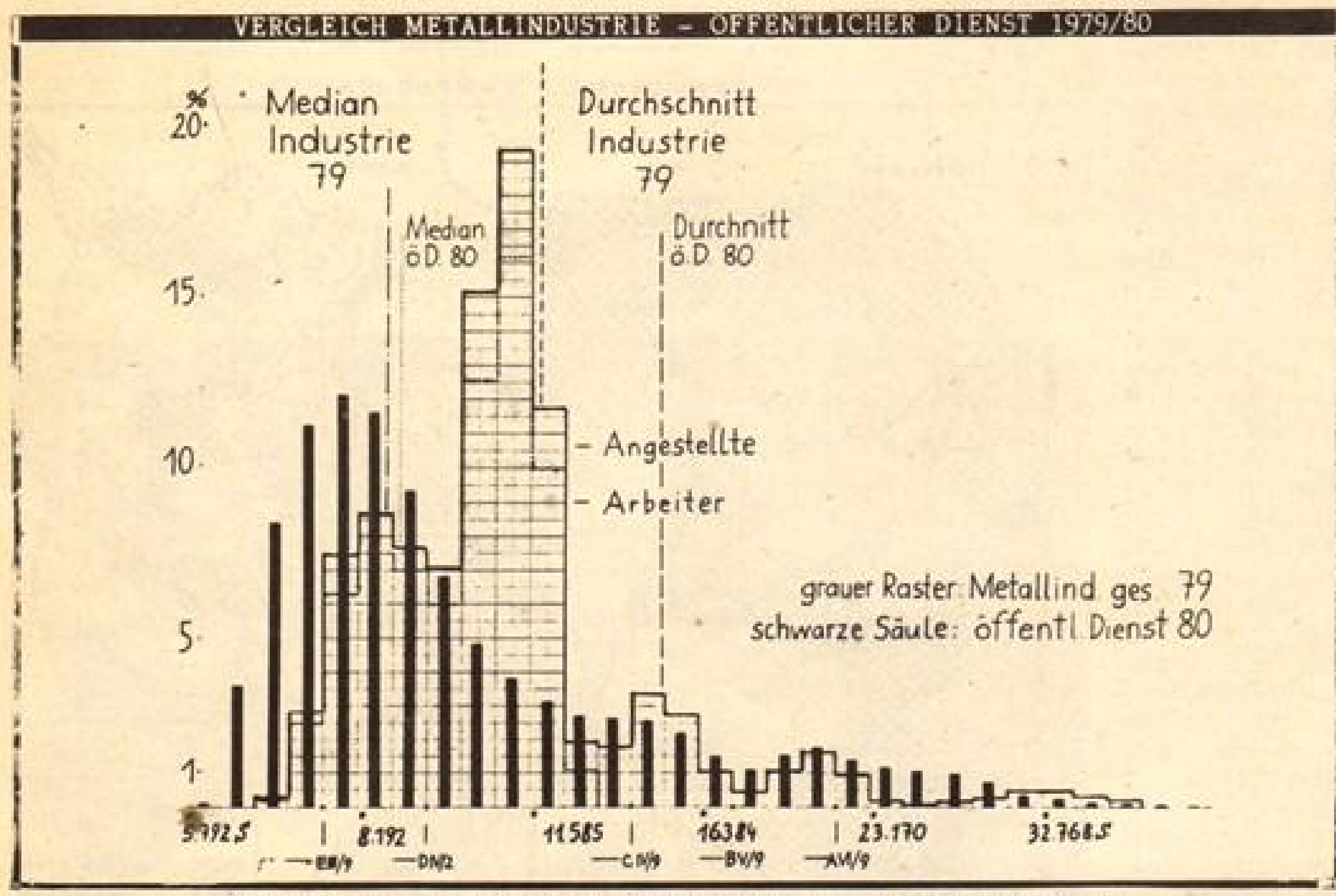
Dienstklasse	Schilling
I bis V	922
VI bis IX	1171

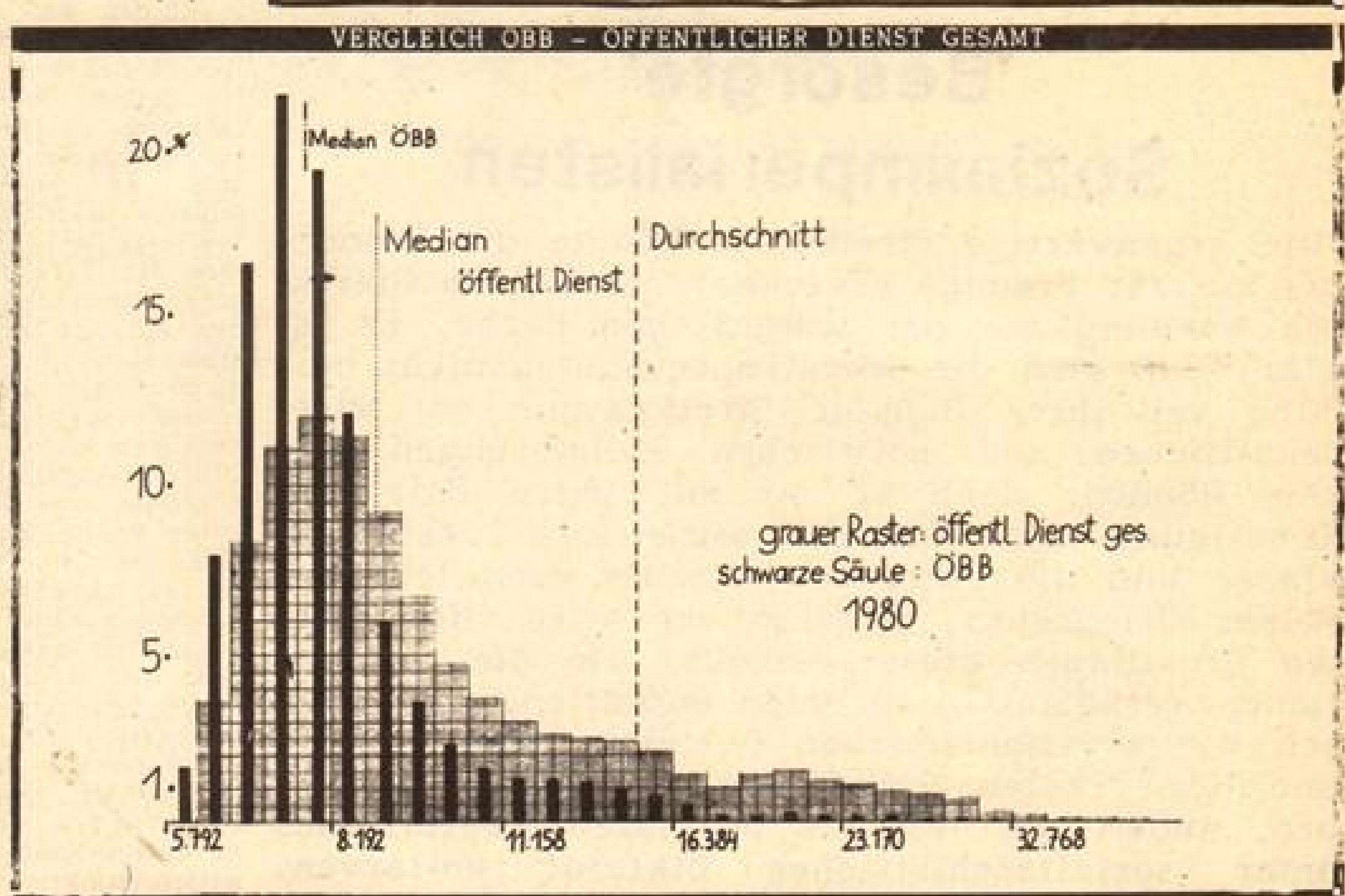
Das Besoldungsschema

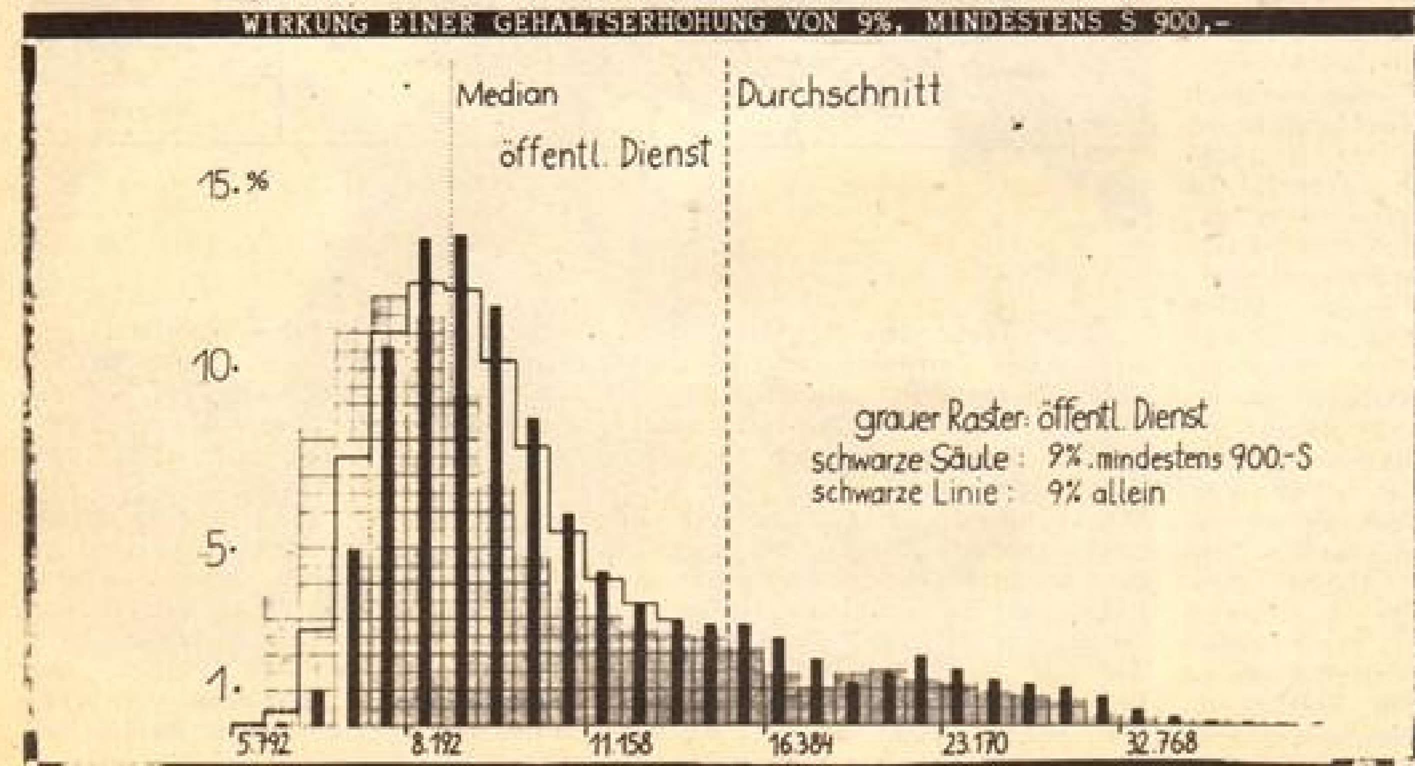
Am Beispiel der Beamten der allgemeinen Verwaltung soll das Schema der Entlohnung im Staatsdienst erklärt werden.

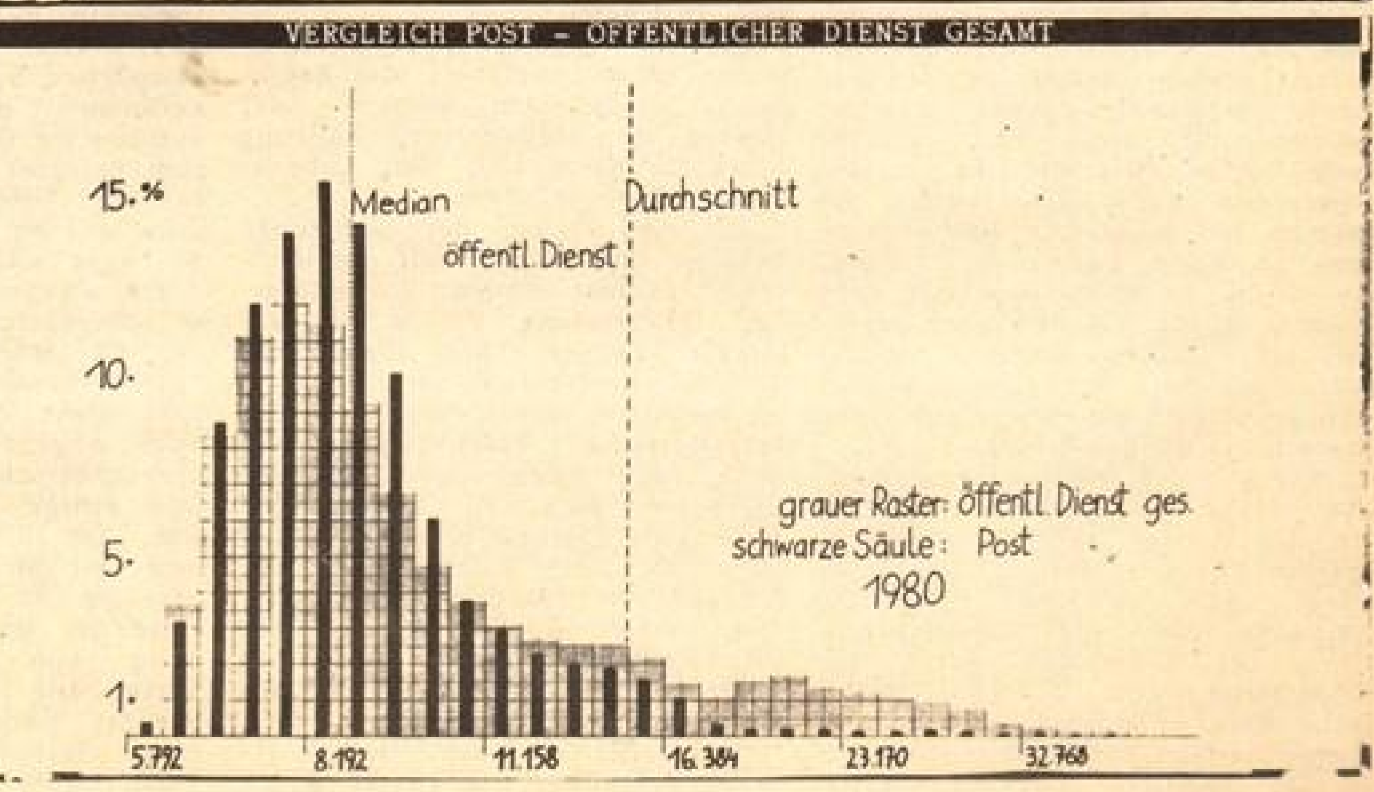
Die Buchstaben E bis A kennzeichnen die Verwendungsgruppen. E steht für Hilfsdienst, D für mittlerer Dienst, G für Fachdienst, B für gehobener Dienst und A für höherer Dienst. Die Qualifikation für A ist der Hochschulabschluß, für B die Matura, für C eine Fachausbildung, für D eine Anlernzeit, für E "Eignung für die vorgesehene Verwendung" (Heizen, Reinigen u.dgl.). Die Bezüge (Löhne) beginnen für die Verwendungsgruppe E bis C in der Gehaltsstufe 1 der Dienstklasse I, für B der Dienstklasse II und für A der Dienstklasse III. Alle zwei Jahre rückt der Beamte um eine Gehaltsstufe vor (Biennalsprung), am Ende der Dienstklasse I in den Anfang der Dienstklasse II usf. Für E ist der Anstieg mit der Gehaltsstufe 9 der Dienstklasse III beendet, bei D reicht er in den Anfang der Dienstklasse IV, für B bis zu Ende von V, für A bis Ende von VI. Ist der Anfangsgehalt einer höheren Dienstklasse niedriger als der Endgehalt einer niedrigeren, wird er bei der Vorrückung übersprungen. In der Verwendungsgruppe C folgt daher auf die Gehaltsstufe 5 der Dienstklasse III die Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse IV. Neben dieser Vorrückung nach Dienstalter gibt es noch die Beförderung. Sie reicht bei den D-Beamten bis zu Ende der Dienstklasse IV, bei C bis Ende von V, bei B bis Ende von VII, bei A bis Ende von IX. Alle Zahlen stellen Bruttogehälter dar, die 14 mal jährlich ausbezahlt werden.

Zu diesem Grundgehalt kommt noch die Verwaltungsdienstzulage. Sie beträgt für die Dienstklassen I bis V öS 922,-, für die höheren öS 1.171,-. Von den sonstigen Dienstzulagen wurden noch in der Berechnung aufgenommen die Dienstzulagen bei Polizei, Gendarmerie und Bundesheer, die analog zur Verwaltungsdienstzulage praktisch alle bekommen. Alle anderen Zulagen, die zum Teil einen beträchtlichen Teil des Lohnes ausmachen, sind nicht in diese Berechnung eingegangen. Auf den Unterschied zwischen pragmatisierten Beamten und befristet oder unbefristet angestellten Vertragsbediensteten wurde bei der Berechnung der Lohnstruktur keine Rücksicht genommen. Der Unterschied im Lohn, der bei den Vertragsbediensteten etwas höher liegt, ergibt sich aus etwas höheren Sozialabgaben, da die Vertragsbediensteten nicht beim Bund versichert sind. (pepi)









Polen: Erfolgreiche Streikwelle

Auf beinahe hundert Betriebe, darunter viele Großbetriebe, hat sich die Streikwelle der polnischen Arbeiter schon ausgedehnt. Die sich gegenwärtig noch ausdehnende dritte Phase dieser Bewegung, in der neben wirtschaftlichen auch eine Reihe von politischen Forderungen gestellt werden, durchkreuzt erfolgreich die Pläne der Gierek-Clique, mittels enormer Preiserhöhungen und Normenhinaufsetzungen die Wirtschaft zu sanieren. Die Streikkämpfe sind auch ein schwerer Schlag gegen die Oberherren der Gierek-Clique, die sowjetischen Sozialimperialisten, mit deren Rache die polnischen Revisionisten bereits gedroht haben. Aber auch noch jemand andrer ist sehr besorgt über die Streiks und möchte sie am liebsten totgeschwiegen haben: die österreichische Bourgeoisie, die immer größere Geschäfte mit Polen betreibt und dabei eine mehr und mehr steigende Abhängigkeit von der UdSSR insbesondere auf dem Energiesektor in Kauf nimmt.

Wo und worum gestreikt wird

Die bei Redaktionsschluß noch anhaltende ist die dritte große Streikwelle innerhalb der letzten Wochen. Zu Julibeginn gab es die ersten Streiks gegen die bereits vom Sejm, dem polnischen Parlament, beschlossene Preissteigerung für Fleisch und gegen Normenhinaufsetzungen. Am 9.7. traten die Arbeiter der Elektromaterialfabrik "Rosa Luxemburg" in Warschau sowie der Flugzeugwerke von Swidnik (nahe Lublin) und Mielec (Südpolen) in den Streik. In Mielec gelang es den Arbeitern, eine 15%ige Lohnerhöhung sowie die Rücknahme der Normenerhöhungen durchzusetzen.

Im Landwirtschaftskombinat "Ursus" wurden der Firmenleitung eine 10%ige Lohnerhöhung sowie eine schriftliche Garantie abgerungen, auf Vergeltungsmaßnahmen gegen die Streikenden zu verzichten. In der Automobilfabrik in Zeran (5000 Beschäftigte) wurden eine Lohnerhöhung sowie die Senkung der Kantinenpreise durchgesetzt. Die Arbeiter der Autofabrik erreichten eine 15%ige Lohnerhöhung.

In Zyrardow standen die Streiks in zwei Textilfabriken im Zeichen politischer Forderungen: generelle Preissenkungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Insgesamt beteiligte sich nach Berichten des KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter), das die Streiks organisiert hat, 160.000 Arbeiter aus 30 Werken, darunter 8 Großtrieben, an der ersten Streikwelle.

Die zweite Streikwelle begann am 17.7 mit der Arbeitsniederlegung der Lubliner Eisenbahner. Die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe und anderer kommunaler Betriebe schlossen sich an. Zwar wurden Armeelastautos zum Streikbruch eingesetzt, doch mußten sie meist leer abfahren, denn die polnische Bevölkerung zeigte, wie lokale Blätter zugaben, "erstaunliche Solidarität".

Die Antwort der revisionistischen Partei war ein Politbüro-Apell an "Verantwortung und Maßhalten" sowie eine Warnung vor der "Besorgnis" der "sowjetischen Freunde". Außerdem wurde ein Streikschlichtungskomitee gebildet.

Vom Kunstfaserwerk "Elana" in Torum und dem "Walter"-Werk in Radom wurde berichtet, daß allein die Streikdrohung genügte, um die Firmenleitung zum Nachgeben zu zwingen.(gm)

'Besorgte' Sozialimperialisten

"Die gegenwärtige Streikwelle könnte die Besorgnis unserer Freunde erwecken", umschrieb Gierek die Warnung vor der sowjetischen Rache. Es ist klar, daß sich die Sozialimperialisten nicht beinahe vor ihrer Haustür Streikkämpfe mit wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen leisten können, denn er ist auf jeden Fall eine Ermutigung auch für die sowjetische Arbeiterklasse und die unter sowjetischem Joch lebenden Völker Osteuropas. Es sind vor allem die sozialen Grundlagen dieser Streiks, die die tatsächlichen Verhältnisse in Polen enthüllen, die Phrasen der revisionistischen Parteien Lügen strafen und dem "realen Sozialismus" das Urteil schreiben, indem sie ihn als ordinären Kapitalismus unter sozialfaschistischer Diktatur entlarven.

Vier von 35 Millionen Polen müssen nach wie vor auf eine Wohnung warten, wobei die staatlichen Wohnbauprogramme gekürzt wurden. Man stellt sich auf eine zehnjährige Wartezeit ein ... Andererseits wurde beschlossen, die Mieten für staatliche Mietwohnungen in allen Fällen zu erhöhen, in denen in einer Wohnung mehr Zimmer sind, als Bewohner leben: die einen müssen warten, die anderen werden, wenn sie eine nur einigermaßen geräumige Wohnung haben, dafür geschröpft.

Während die nominale Erhöhung der Löhne und Gehälter offiziell in den letzten Jahren zusammengenommen über der Inflationsrate liegt, gibt es keine offiziellen Angaben über die Indexentwicklung bei denjenigen Waren und Dienstleistungen, die das polnische Volk unbedingt braucht. Bei Lebensmitteln und Mieten sind die Preise nämlich überdurchschnittlich gestiegen.

Mit der gegenwärtigen Fleischpreiserhöhung versucht die Regierung, direkt den Konsum der Massen an hochwertiger Nahrung einzuschränken und den Lebensstandard zu drücken.

Auf dem Rücken der polnischen Arbeiter und Bauern soll die Wirtschaft saniert werden, die infolge der Umwandlung Polens in ein kapitalistisches Land durch die Gomulka- und Gierek-Revisionisten insbesondere jedoch durch die kolonialistische Versklavung und Ausbeutung Polens durch die Sowjetunion sich in einem sehr schlechten Zustand befindet. Polen liegt mit 18.5 Milliarden Dollar Auslandsverschuldung gegenüber dem Westen an der Spitze aller Ostblockländer. Davon müssen heuer 8 Miliarden zurückgezahlt werden. Die Sowjetunion setzt Polen innerhalb der "sozialistischen Arbeitsteilung" unter Druck und diktiert immer höhere Preise für diejenigen Waren, die Polen ihr abnehmen - oder aber um Devisen in den westlichen imperialistischen Ländern erwerben muß. Ein Teufelskreis, der zur hohen Verschuldung und zu neuem Schuldenmachen geführt hat. Die Rechnung wird der polnischen Arbeiterklasse präsentiert. Alle Aufrufe zu sorgfältigerer Arbeit, zum Maßhalten, alle Werbung um Verständnis für die Beschlüsse zu Preissteigerungen haben denselben Inhalt: Die polnischen Werktätigen sollen mehr arbeiten und weniger dafür bekommen.

Aber diese Rechnung, die die Gierek-Clique bereits seit einigen Jahren ausstellt, ist ohne die Arbeiter, ohne die polnische Arbeiterklasse gemacht worden. Mit ihren Streiks, mit ihren Teilerfolgen gegen das Sparprogramm setzt sie der Ausbeutung Grenzen und verhindert die schrankenlose Kolonialisierung Polens. Das ist ein großer Beitrag im Kampf um die Unabhängigkeit und um die Wiederherstellung des Sozialismus durch eine neue proletarische Revolution, ein Beitrag allerdings, der in der Tat die "Besorgnis" der sozialimperialistischen Kolonialherren hervorrufen muß.

Österreich - 'seriöser Geschäftspartner'

Außer den Kremlzaren gibt es aber noch jemanden, dem die Streiks der polnischen Arbeiterklasse offensichtlich große Sorgen machen. Da passiert es, daß die Fortsetzung von Massenstreiks in mehreren polnischen Städten in den Kurznachrichten am Nachmittag noch gemeldet wird, um schließlich in "Zeit im Bild" unter den Tisch zu fallen. Da wird in den bürgerlichen Zeitungen überhaupt nur "kurz berichtet". Was veranlaßt die österreichische Kapitalistenklasse und ihre Lohnschreiber und -sprecher zu solcher Zurückhaltung?

Geschäftsinteressen sind es: Geschäftspartner verärgert man nicht. Besonders wenn es sich um große Geschäfte handelt. Zwei Drittel aller Kohleimporte Österreichs stammen aus Polen und aus der UdSSR. Kreisky hat bei seinem Polenbesuch im November vorigen Jahres die Lieferung von 1,2 bis 1,5 Millionen Tonnen jährlich vereinbart - zwanzig Jahre hindurch ab 1984. Die Stromimporte aus Polen werden 1983 ebenfalls stark gesteigert, von 0,4 auf 1,6 Milliarden kWh. Erweitert wird die Zusammenarbeit von Steyr mit polnischen Kombinaten bei der LKW-Erzeugung, die VOEST plant die Errichtung eines Stahlwerkes. Überhaupt haben eine Reihe großer österreichischer Firmen bedeutende Abkommen mit Polen geschlossen.

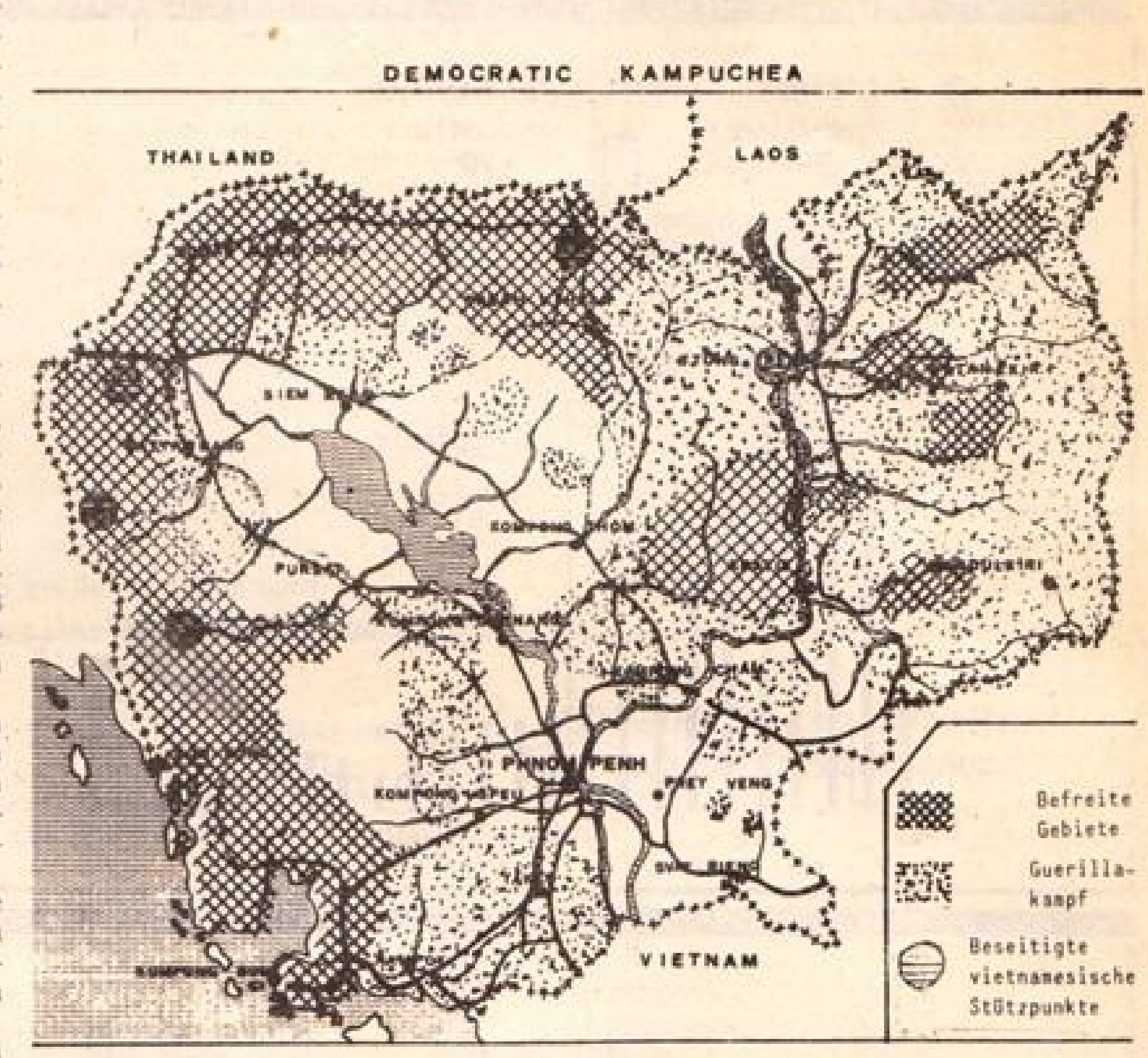
Die österreichische Bundesregierung hat außerdem ein großes Kreditgeschäft mit Polen abgeschlossen. Neben den USA (500 Millionen Dollar) und Frankreich (755 Millionen Dollar) hat sich Österreich mit 550 Millionen Schilling als dritter großer Kreditgeber eingestellt, wobei der Kredit als eine Art Vorauszahlung für die vereinbarten Stromlieferungen zu verstehen ist.

Österreich versucht die schwierige Lage Polens auszunutzen, um immer besser ins Geschäft zu kommen. Das Ergebnis ist allerdings die immer stärkere Abhängigkeit Österreichs auf dem Energiesektor. Diese Energieabhängigkeit ist letztlich eine politische Abhängigkeit vom Kolonialherrn Polens, von der Sowjetunion, von der Österreich auch direkt - besonders Erdgas - große Mengen an Energieträgern kauft.

Der Kampf der polnischen Arbeiter setzt der Ausplünderung der Massen Schranken, sie setzt auch den Plänen der polnischen Bourgeoisie gewisse Grenzen. Das wirkt sich natürlich auch negativ auf die polnisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen aus. Abgesehen von der beschwichtigenden Haltung der österreichischen Bourgeoisie überhaupt, die bei uns jede Solidarität mit dem Widerstand des polnischen Volkes verhindern will, abgesehen auch von der Tatsache, daß es den Klasseninteressen jeder Bourgeoisie widerspricht zuzugeben, daß sich in Polen die Arbeiterklasse in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen erhebt, völlig abgesehen jetzt also von alldem sind es die speziellen Geschäftsinteressen, die in diesem Fall eine besonders sorgfältige Selbstzensur gebieten. Wenn sich schon die österreichische Bourgeoisie Sorgen macht wegen der polnischen Streiks, die Kremlzaren brauchen sich keine Sorgen zu machen wegen der offiziellen Haltung Österreichs, seiner Regierung und seiner Presse.

Kampfnachrichten aus Kampuchea

In den auf der Karte schraffiert eingezeichneten großteils befreiten Gebieten finden seit Monaten heftige Gefechte der Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea gegen vietnamesische Posten an strategisch wichtigen Punkten statt. Man kann, wie der Vertreter des französischen Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea, Ive Hout, auf den kürzlich abgehaltenen Veranstaltungen in Österreich erklärte, diese Gebiete nicht mit den befreiten Gebieten während des antiamerikanischen Widerstandskrieges 1970-75 vergleichen: die Marionettenarmee Lon Nols konnte damals keine ernsthaften Vorstöße in die befreiten Gebiete unternehmen und die Luftbombardements der US-Bomber mußten im August 1973 eingestellt werden. Hingegen können die Vietnamesen mit ihren gutausgerüsteten Truppenmassen, wenngleich die Moral der Soldaten immer weiter sinkt, immer noch ein weiter verzweigtes Netz von Militärposten unterhalten, Vorstöße unternehmen, um die Nahrungsmittelproduktion zu zerstören usw. Immerhin haben jetzt bereits die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea begonnen, Säuberungsaktionen gegen vietnamesisch durchsetzte Gebiete durchzuführen, zum Beispiel vom 5. bis 15. Juni in der Provinz Mondulkiri. Im Juni mußten die Vietnamesen ca. 30 Lager aufgeben (auf der Karte durch waagrecht schraffierte Kreise eingezeichnet), davon allein ca. 15 im Bezirk Leauch in der Pursat-Provinz. Am 10. und 28. Juni sowie 7. Juli wurden jeweils Züge angegriffen und dabei 232 vietnamesische Soldaten getötet und einige verwundet. Nur einmal, am 28. Juni, gelang es einem Teil der vietnamesischen Zuginsassen zu fliehen. Diese Bahnlinie ist die einzige Zugverbindung von Phnom Penh über Battambang an die thailändische Grenze, über die ein beträchtlicher Teil des vietnamesischen Nachschubes gehen dürfte.



Allein seit dem Einfall vietnamesischer Truppen am 23. Juni haben verstärkte Guerillaangriffe die gegenüber Thailand stationierten Truppen in vier Tagen 500 Mann gekostet. Nach der Einschätzung der Regierung des Demokratischen Kampuchea strecken die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren derzeit ihre Fühler für einen Überfall auf Thailand aus, der zur Besetzung von 15 bis 16 Provinzen Thailands führen soll. Sie haben sich derzeit an der Grenze eingegraben, auch um internationale Nahrungsmittellieferungen an die ca. eine Million Flüchtlinge innerhalb Kampucheas an der Grenze sowie die Rückkehr von Flüchtlingen aus thailändischen Flüchtlingslagern zu verhindern. Nach Berichten vietnamesischer Flüchtlinge besichtigte kürzlich eine von einem General angeführte russische Militärdelegation die vietnamesischen Militäreinrichtungen in Poipet, der Grenzstadt an der von den Vietnamesen kontrollierten Bahn- und Straßenlinie.

Afghanistan:
Sowjettruppen können sich nicht durchsetzen

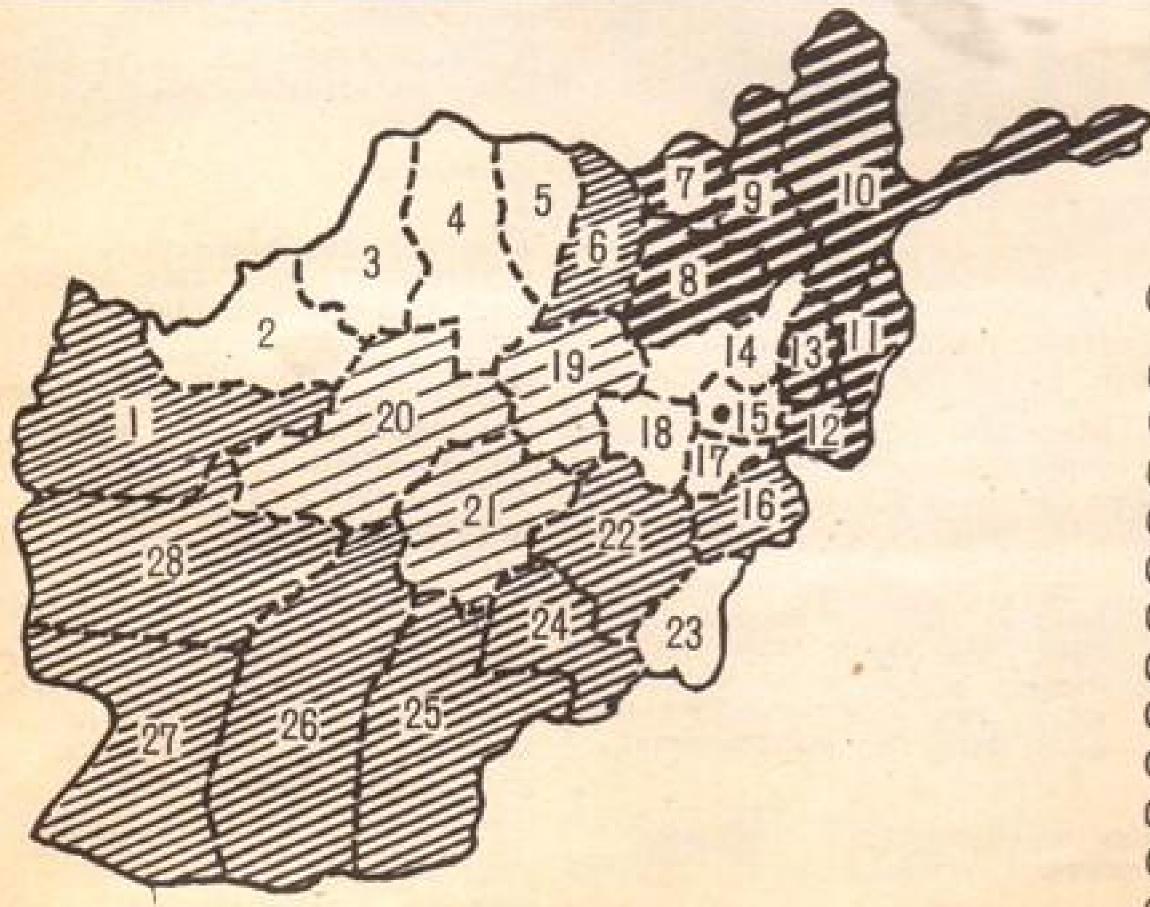
Wie das Islamische Komitee der Widerstandskämpfer gegen die sowjetischen Aggressoren kürzlich meldete, hat der sozialimperialistische Völkermord bereits etwa eine halbe Million an Toten, hauptsächlich unter der Zivilbevölkerung gefordert. Das war und ist die Antwort des Aggressors gegenüber den zahlreichen Schlappen, die seine Panzerkräfte schon bisher hinnehmen mußten. Abschießen der säenden oder erntenden Bauernbevölkerung von gepanzerten Hubschraubern aus, Vergiftung des Grundwassers, Giftgaseinsätze und "Ausradieren" von angeblichen "Widerstandsnestern" sind die Methoden der sowjetischen Kriegsführung. Die Kolonialherren haben nun einen neuen Plan gefaßt, um das afghanische Volk in die Knie zu zwingen: Die schwer zugänglichen Berggegenden, in die sich kein Sowjetsoldat traut, sollen abgeschnitten und so regelrecht ausgehungert werden. Die Widerstandskämpfer haben Gegenmaßnahmen zu setzen begonnen, um die nötigen Wintervorräte noch rechtzeitig vor einer Blockade einzulagern.

Von den jüngsten Aktionen der Kämpfer für die Unabhängigkeit Afghanistans sind die Hinrichtung des für die blutige Niederschlagung der Studentendemonstrationen von Kabul verantwortlichen Marionetten Kulturministers, sowie die Beschießung des sowjetischen Luftwaffenstützpunktes Djalalabad bekanntgeworden, wobei drei Hubschrauber und sechs Panzer vernichtet wurden.

Die der "BEJING RUNDSCHAU" entnommene Karte Afghanistans zeigt anschaulich, wie gering die tatsächliche Macht der Sozialimperialisten in diesem Land ist. Nur 9 von 28 Provinzen werden mehr oder weniger von den Sowjets kontrolliert, und hier nur die Städte. Die Gebiete starker Kampftätigkeit werden immer umfangreicher. (gm)



Der Präsident der Afghanischen Islamischen Widerstandsbewegung, Abdul Rasul Sajef (links), daneben Nabi Mohamadi, ein weiterer Widerstandsführer



PROVINZEN

(1) Herat	(15) Kabul (Hauptstadt Kabul)
(2) Badghis	(16) Paktia
(3) Faryab	(17) Logar
(4) Jowzjan	(18) Wardak
(5) Balkh	(19) Bamian
(6) Samangan	(20) Ghor
(7) Kunduz	(21) Uruzgan
(8) Baghlan	(22) Ghazni
(9) Takhar	(23) Paktika
(10) Badakhshan	(24) Zabul
(11) Kunar	(25) Kandahar
(12) Nangarhar	(26) Helmand
(13) Laghman	(27) Nimruz
(14) Parwan	(28) Farah

Provinzen, in denen afghanische Guerillas gegen sowjetische Aggressoren kämpfen.

 Gebiete heftigen Kampfes

 Gebiete mit zunehmender Kampftätigkeit

Von Guerillas und Stammes-Streitkräften kontrollierte Gebiete



Sowjetsoldaten bei einer Übung mit chemischen Waffen: In Afghanistan werden solche Waffen gegen das Volk eingesetzt

Kreisky:
"Sowjetische Bedrohung nicht aktuell"

Einige Aufregung gab es vor etwa zwei Wochen um eine Äußerung des NATO-Sekretärs Luns, mit der er vage andeutete, die NATO würde Österreich im Fall eines sowjetischen Angriffs "helfen", auch Truppen herschicken, vorausgesetzt, daß Österreich sich vier Tage lang verteidigen könne. Weniger bekannt ist bezeichnenderweise der ganze Wortlaut der Äußerung geworden: Da steht nämlich vor allem der Hinweis auf die laufende Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse in Europa in Vordergrund, und daß ein Österreich, das sich nicht verteidigen könnte, eine gefährliche offene Flanke Westeuropas wäre. Zwei Fragen hat Luns damit aufgeworfen: Ist Österreich von der Sowjetunion bedroht? Und: Wie kann bzw. soll sich Österreich verteidigen?

In der "Iswestija", in "Rude Pravo" und anderen osteuropäischen offiziellen Zeitungen wurde Luns vor allem deshalb angegriffen, weil er dem Warschauer Pakt aggressive Absichten unterstelle. Das österreichische Sprachrohr der sowjetischen Sozialimperialisten, Muhri, hat in seiner Stellungnahme ebenfalls an erster Stelle diesen Vorwurf erhoben und von Kreisky gefordert, er möge sich davon distanzieren und der Sowjetunion – wieder einmal – ihren friedliebenden und nichtaggressiven Charakter bescheinigen. Viel gab es da nicht zu fordern, denn Kreisky war schneller als Muhri: Erstens höre es ein neutrales Land nicht gern, wenn man soetwas sage, war seine Stellungnahme; zweitens sei das ganze Problem "nicht aktuell". Das heißt: Die Aggression und Bedrohung, von der Luns spricht, gebe es gar nicht. Natürlich ist dann auch die zweite von Luns aufgeworfene Frage "nicht aktuell".

Kreisky hat noch hinzugefügt, "man" würde bei Luns anfragen, was er eigentlich gemeint habe und was ihn zu dieser Äußerung veranlaßt habe.

Was dem Hauptaspekt der Affäre betrifft, hat sich Kreisky neuerlich zum propagandistischen Handlanger der sowjetischen Sozialimperialisten gemacht. In den Massenmedien ist dieser Hauptaspekt überhaupt gleich in den Hintergrund getreten.

Ein Nebenaspekt ist die Frage der NATO-"Hilfe". Wir sind der Auffassung, daß Österreich von der Sowjetunion bedroht ist, daß die herrschende Klasse nicht einmal an die Verteidigung des Landes gegenüber der Sowjetunion denkt, daß das österreichische Volk die Verteidigung selbst in die Hand nehmen muß und sich heute schon darauf vorbereiten muß. Nur der Weg der revolutionären Landesverteidigung – auf diesem Weg muß vordringlich die Volksbewaffnung erkämpft werden – ist ein tauglicher Weg zur Selbstverteidigung des österreichischen Volkes. Dieser Weg kann nur im Kampf gegen die herrschende Klasse durchgesetzt werden. Im Kampf umd die Volksbewaffnung fallen die Aufgaben der der Vorbereitung der Revolution, des Sturzes der österreichischen Monopolbourgeoisie und die der Vorbereitung auf den Kriegsfall zusammen. Keinerlei Interesse kann das österreichische Volk jedoch daran haben, daß das Land Kriegsschauplatz für die beiden Supermächte und das Volk Kanonenfutter für sie wird, mit dem sie ihre imperialistischen Rivalitätskämpfe austragen können. Das österreichische Volk kann daher auch keinerlei Interesse daran haben, NATO-Truppen zur Unterstützung gegen die Sowjetunion herbeizurufen. Im Gegenteil bedeutet solche "Hilfe" ebenfalls Aggression.

Allerdings denkt die NATO ohnehin nicht daran, Österreich zu "helfen". Da gibt es zwar die Luns-Äußerung. Aber mehr zählen die Tatsachen. Das ganze Militärkonzept der NATO ist anders ausgelegt. Sie hat ihre Verbände anderswo (im Bereich Mitte) konzentriert und ihre Verteidigungslinien anderswo geplant. Im süddeutschen Raum befinden sich hauptsächlich territorial gebundene westdeutsche Streitkräfte, die sogenannten Heimatschutztruppen, die jedenfalls wenig geeignet sind, als "Hilfe" in ein anderes Land geschickt zu werden. Die Zeiten, wo Österreich als "Vorposten" voll in die NATO-Planung integriert war, sind seit einigen Jahren vorbei. Das ist ja der Grund, warum die österreichische Monopolbourgeoisie im letzten Jahrzehnt ihr Militärkonzept und überhaupt ihre österreichische "Sicherheitspolitik" revidieren mußte. Und vor diesem Hintergrund fällt an der Luns-Äußerung noch etwas auf. Der Zeitraum, den Österreich sich auf sich allein gestellt verteidigen müßte, ist anscheinend in den letzten zehn Jahren von 48 Stunden schon auf vier Tage gewachsen.

Auch darin zeigen sich die militärstrategischen Änderungen. (wl)

Syrien bald im Warschauer Pakt?

Daß Syrien bald ein Mitglied des aggressiven sowjetischen Militärbündnisses sein könnte, berichtete vor kurzem die in Beirut erscheinende Zeitung Al Byraq. Danach habe es in Moskau ein Geheimtreffen zwischen dem sowjetischen Kriegsminister Ustinov und dem syrischen Verteidigungsminister gegeben. Dabei sei über die militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten gesprochen worden, die entweder in Form eines zweiseitigen Militärbündnisses oder in der Form eines syrischen Beitritts zum Warschauer Pakt erweitert werden soll. Syrien habe sich für die zweite Lösung ausgesprochen.

Moskau habe zwei Bedingungen gestellt: Die syrische Regierung muß in dem Fall, daß sie den Warschauer Pakt zu Hilfe ruft, den Truppen "militärische Bewegungsfreiheit in Syrien" einräumen; zweitens muß der Fortbestand des Baath-Regimes gesichert werden.

Besonders die erste "Bedingung" zeigt klar, worauf es der Sowjetunion ankommt. Sie will einen neuen Brückenkopf im Nahen Osten, nachdem sie aus Ägypten hinausgeflogen ist. Sie will nicht bloß einen "Freundschaftsvertrag", der ihr viele Sonderrechte einräumt, sondern sie will das verbriefte Recht, im "Verteidigungsfall" in dieses Land mit ihren Truppen einzufallen. Denn ob das unter der Fahne des Warschauer Paktes oder unter der sowjetischen Flagge geschieht, ist unerheblich. Es hat für die Sozialimperialisten sogar noch den zusätzlichen Vorteil, nicht unbedingt die eigenen, sondern die von ihnen befehligten Truppen der Verbündeten oder viel mehr Untergebenen einzusetzen.

Wenn man die Lage im Nahen Osten als ganze betrachtet, wird deutlich, welch große Gefahr von einem solchen Schritt Syriens ausgeht. Die Sowjetunion hat in diesem Raum in den letzten Jahren einige Niederlagen einstecken müssen. Der Irak hat sich von ihr abzuwenden begonnen, im neuen Iran konnte sie bis jetzt nicht Fuß fassen, die islamischen Länder haben sich nach dem Überfall der UdSSR auf Afghanistan fester gegen deren Hegemonismus zusammengeschlossen und entwickeln eine gemeinsame Verteidigungsindustrie. Syrien ist – neben Libyen und dem Südjemen – der einzige Staat in dieser Region, in dem die Sowjetunion großen Einfluß hat, und, da in unmittelbarer Nachbarschaft zu Israel, auch einer der wichtigsten. Allerdings ist die regierende Baath-Partei unter anderem auch deswegen stark unter Bedrängnis durch die Volksmassen gekommen. Nach dem Fall Afghanistan ist es nicht schwer, sich auszurechnen, was geschieht, wenn die Baath-Regierung ins Wanken kommt.

Noch ist Syrien kein Warschauer-Pakt-Staat. Es wird am syrischen Volk und an den anderen arabischen Völkern und Staaten liegen Druck auszuüben, daß es nicht zu diesem Schritt kommt, denn er würde die Lage für alle Völker der Region, nicht zuletzt des syrischen, bedeutend verschlechtern. (gm)

Jasager

An der Wirtschaftskrise sind die Ölscheichs schuld und an der Arbeitslosigkeit in Europa die japanischen Exporte. Das sind Tatsachen, die jedem österreichischen Zeitungsleser oder Fernseher bekannt sind. Die Billiglohnländer des Pazifischen Raumes rotten sich bereits drohend zusammen, um dem Atlantischen Zeitalter mit philippinischen Textilien, japanischen Autos und Honkong-Fernschapparaten ein Ende zu bereiten. Und eine osterreichische Journalistendelegation, die "vor kurzem die Möglichkeit, sich über interessante Handelsrelationen und über die Chancen für unsere Wirtschaft an Ort und Stelle zu informieren" weidlich nütze, berichtet nun - ein jeder in seinem Blatt und auf seine Weise - mit einer Mischung aus Schockiertheit und heimlichem Neid über die Arbeitswut der doch völlig anders gearteten Menschen in diesem Raum. "Der Honkong-Chinese zählt zu den fleißigsten und genügsamsten Menschen der Welt".
"Die 'Bushido'-Gesinnung der Samurai prägt auch heute noch die wirtschaftliche Mentalität der Japaner".

Situation die Einführung der 35- oder gar der 32-Stunden-Woche, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit usw. wirklich unsere Hauptsorgen sein dürfen, bleibe dahingestellt".
Diese Zitate stammen alle vom Wirtschaftsredakteur der staatlichen "Wiener Zeitung", doch seine Kollegen vom Kurier, der Prese oder den Salzburger Nachrichten schreiben in ähnlichem Tonfall. Und wenn er auch dahingestellt sein läßt, was seiner Meinung nach unsere Hauptsorge sein soll, so hat er es doch deutlich genug gesagt. Zwar wird es schwierig sein, den österreichischen Arbeitern "Bushido", die japanische Samuraimentalität beizubringen, und sie werden kaum dazu zu bewegen sein, zu den Herrn Treichl, Schoeller oder Apfalter wie treue Ritter zu ihren Lehensherren aufzublicken, und wenn es das gesamtwirtschaftliche Interesse erfordert, im Akkord Harakiri zu begehen. Doch als schwachen Ersatz für Bushido haben wir immerhin die Sozialpartnerschaft und genügend fähige Köpfe in den Organisationen der Arbeiterschaft, die es den Sozialpartnern im blauen Ove-



Die „Bushido"-Gesinnung der Samurai prägt auch heute noch die wirtschaftliche Mentalität der Japaner

"Die hab'm halt a andere Mentalität"

"Trotz explosionsartiger Industrialisierung gibt es kein Proletariat, die Firmentreue ist für westliche Begriffe unvorstellbar, es gehört z.B. zum System, von den zustehenden drei Urlaubswochen mindestens zwei ohne zusätzliche Entlohnung in der Firma zu arbeiten".
"Im wesentlichen ist das Verhältnis des japanischen Arbeitnehmers zu seiner Firma immer noch mit dem der Vasallen, also der Samurai, zu ihren Lehensherren zu vergleichen".
"Arbeitsmoral ersetzt Rohstoffe".
"Geht das Atlantische Zeitalter dem Ende zu?"
"Eines ist aber allen braunen und gelben Völkern des Pazifiks gemeinsam, sie sind nicht müde, sie sind nicht saturiert, nicht skeptisch und noch lange nicht satt".
Dies sind die Gründe für die stetige Herausforderung Europas und der USA - oder soll man,wenn es nicht falsch verstanden wird, einmal sagen "des weißen Mannes" - seiner Wirtschaftsphilosophie seiner Weltanschauung.
Dieser Herausforderung müssen wir uns aktiv stellen, oder wir haben den Kampf um die Führungsrolle in der Welt à la longue verloren. Im Zusammenhang mit dem "Japan-Schock", den die EG-und die US-Automobilwirtschaft gerade erleidet, werden neben protektionistischen Rufen auch immer mehr Stimmen laut, die meinen, es sei an der Zeit hinter der wirtschaftlichen auch die moralische Herausforderung zu sehen und ihr zu begegnen. Nichts gegen soziale Leistungen, steigenden Wohlstand und Freizeit. Wenn aber - und das ist in weiten Bereichen der Industriestaaten der Fall - persönlicher Einsatz, Erfüllung in der Arbeit und Leistungsstreben um der gemeinsamen Sache willen schon als Anachronismus empfunden werden, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn unser Prioritätenanspruch seine Glaubwürdigkeit verloren hat".
"Wenn - sagen wir es nocheinmal - das Abendland (inklusive der USA) jetzt nicht rasch aufwacht, dann wird es rascher als ihm lieb ist, zum "Juniorpartner" seiner Konkurrenten. Ob in dieser

rall schon einbläuen, daß die Führungsrolle Europas und der USA - oder soll man, wenn es nicht falsch verstanden wird, einmal sagen, des "weißen Mannes"- wichtiger ist als die Einführung der 35- oder gar der 32-Stunden-Woche.
"Natürlich ließe sich dieser Apell, die eigenen Werte nicht preiszugeben, auch als Chauvinismus und Rassismus, als Hochmut des weißen Mannes abtun. So ist er aber nicht gemeint".
Gemeint ist nur: wenn es beim gelben Mann zum System gehört, daß der eine gelbe Mann von den zustehenden drei Urlaubswochen mindestens zwei ohne zusätzliche Entlohnung in der Firma des anderen gelben Mannes arbeitet, so ist es vom weißen Mann doch wohl nicht zuviel verlangt, daß er endlich aufhören soll von Verkürzung der Lebensarbeitszeit usw. zu reden und lieber mehr an den Prioritätsanspruch des weißen Mannes, für den er arbeitet, denken soll. Oder möchte er vielleicht lieber für einen gelben Mann arbeiten, oder gar für einen Ölscheich, der mit seinen fettigen Öldollars am Ende dem weißen Mann die Firma abkauft?
"Wir müssen uns zwar der wirtschaftlichen Konkurrenz des Fernen Ostens stellen, gleichzeitig müssen wir aber versuchen, einen gemeinsamen Weg zu finden, die Alternative dazu wäre Krieg".
Hier ist mit dem Herrn Redakteur das Herrenmenschentum allerdings schon etwas durchgegangen, denn mit dieser Alternative hat das - sagen wir es noch einmal - Abendland (inklusive USA) bis vor fünf Jahren versucht, seinem Prioritätsanspruch im Fernen Osten Glaubwürdigkeit zu verleihen und ist gescheitert. Derzeit dürfte es wohl eher das Mitternachtsland sein, das mit dieser Alternative den Kampf um die Führungsrolle in der Welt à la longue zu gewinnen sucht.
Vielleicht meint er aber nur den Wirtschaftskrieg. Er zitiert auch gleich einen der Feldherren: "Nach der Rückkehr von einer Japanreise rief Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die deutschen Unternehmen auf, ihre

Produktivität zu verbessern. Es müsse mehr gearbeitet werden, ohne daß dadurch zusätzliche Kosten entstehen".
Damit wird's allerdings Probleme geben, denn persönlicher Einsatz, Erfüllung in der Arbeit und Leistungsstreben um der gemeinsamen Sache willen werden ja hierzulande schon als Anachronismus empfunden. Dem weißen Mann fehlt eben heutzutage das, was den braunen und gelben Völkern des pazifischen Raumes gemeinsam ist: er ist schon zu müde, zu saturiert, zu skeptisch und schon lange zu satt. Vor allem das letztere muß sich ändern!
Wem dieser ganze Ton zu kriegerisch ist und wer fürchtet, daß er zuviel böse Assoziationen wachruft, der redet statt vom "weißen Mann" und vom - sagen wir es nocheinmal - Abendland lieber von Österreich und dem "Österreichischen Weg". Dieses Österreich, das zwar keine Insel der Seligen ist, in dem es aber doch noch nie sovielen Menschen gut gegangen ist, das zwar ein bisserl einen Pallawatsch mit dem AKH, dafür aber auch einen Sonnenkönig hat, in dem zwar jeder zweite Fünfundsechzigjährige Arbeiter Invalidenrentner ist, das dafür aber das höchste Wirtschaftswachstum der westlichen Welt hat, dieses Österreich mit seinem Österreichischen Weg ist doch zumindest genauso verteidigungswert wie das Abendland und die Führungsrolle des weißen Mannes. Ob wir nun als Österreicher oder als Weiße Männer zusammenstehen, jedenfalls lassen wir uns von den Japsen, Tschuschen und Kameltreibern unsere Arbeitsplätze nicht wegnehmen.
Und so schicken ÖGB und Arbeiterkammer einen gemeinsamen Rundbrief an alle Betriebsräte aus, der folgendermaßen lautet:

AK

KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE
ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Liebe Kollegin! Lieber Kollege!

„Kaufe einen Arbeitsplatz." Dieser Satz ist in letzter Zeit oft verwendet worden. Und er hat auch einen sehr realen wirtschaftlichen Hintergrund. Jeder von Ihnen weiß, wie schwer es für unsere Betriebe ist, sich im scharfen Wind der internationalen Konkurrenz durchzusetzen. Wie groß unsere Probleme mit der Handelsbilanz sind. Wie sehr es darauf ankommt, neue Exportoffensiven zu starten, um damit Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Und wie wichtig es ist, die Importe unter Kontrolle zu halten.

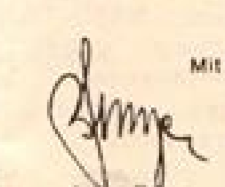
Wenn Sie diesen Überlegungen zustimmen, dann bitten wir Sie in Ihrer Eigenschaft als Betriebsrat, den nächsten Schritt zu setzen: Sprechen Sie mit den Verantwortlichen Ihres Unternehmens. Mit dem obersten Chef, mit den Einkaufsleitern. Jede einzelne Maßnahme ist wichtig. Daher: Auch beim Einkauf österreichisch denken.

Noch etwas: Einer jüngst durchgeführten Studie zweier renommierter Marktforschungsinstitute ist zu entnehmen, daß für viele Käufer das A-Zeichen entscheidend dafür ist, dieses Produkt anderen vorzuziehen. Falls daher in Ihrem Betrieb Produkte erzeugt werden, die das A-Zeichen noch nicht tragen, scheint es angezeigt, Ihre Firmenleitung darauf aufmerksam zu machen.

„A" steht für „Made in Austria". Für österreichische Qualitätsarbeit. Kaufen wir uns österreichische Arbeitsplätze. Durch den Kauf österreichischer Waren. Führen Sie bitte dieses Gespräch mit Ihrem Unternehmen. Dann wird für uns alle der Erfolg nicht ausbleiben.

Dankeschön schon im voraus.

Mit kollegialen Grüßen!



Anton Benya　　Adolf Czettel

Dazu werden noch Plakate des "Vereinigung zur Förderung des Inlandsabsatzes Österreichischer Erzeugnisse 'Made in Austria'" beigelegt:





Ja, Ja, Jadolar und Jadoline

Jadolar und Jadoline sind begeisterte „A-Fans".
Sie sagen Ja zu A - Ja zu österreichischer Qualität.
Denn Sie wissen ganz genau: jeder von uns muß dazu beitragen, daß es uns nicht nur heute gut, sondern sogar morgen noch besser geht.
Daß unser Geld im Land bleibt - daß unsere Arbeitsplätze gesichert sind.
Machen wir es wie Jadolar und Jadoline. Sagen wir Ja zu A! Ja zu österreichischer Qualität - und damit zu unserer gesicherten Zukunft.





Der Hongkong-Chinese zählt zu den fleißigsten und genügsamsten Menschen der Welt. Sein Berufsalltag ist ein steiger Balanceakt ohne soziale Sicherheit

Kommentar überflüssig

Auch Anton Benya und Adolf Czettel sollen sich dieser Kampagne zuliebe nur mehr Janton und Jadolf nennen. Besonders der Jadolf entbehrt nicht eines gewissen Reizes, man kann sich gut vorstellen, wie er mit freudigen Ja "Ja zu A" sagt.
Das Gespräch mit dem obersten Chef kann man sich etwa so vorstellen:
BETRIEBSRAT betritt mit eine m forschen "Ja zu A" das Chefbüro.
CHEF: Was heißt den das scho wieder? A Ja, "Ja zu A", versteh schon, der neue Gewerkschaftlergruß. Also, was wolln's denn?
BETRIEBSRAT: Ja, ich komm wegen der Aktion Ja zur Österreichischen Qualität.
CHEF: Na selbstverständlich sag ich ja dazu. Ich verkauf nur österreichische Qualität.
BETRIEBSRAT: Aber auch beim Einkauf muß man österreichisch denken!
CHEF: Na klar, also sagns ihren Leuten, sie sollen weniger Bananen kaufen, und mehr Waldviertler Kartoffeln. Und 'statt einem Toyota lieber einen Puch 500.
BETRIEBSRAT: Den gibts nicht mehr. Aber Sie, Herr Chef, sollten vielleicht lieber ein österreichisches Lastauto kaufen statt einem ausländischen. Damit unser Geld im Land bleibt, wissen sie.
CHEF: Wieso unser? No ja, so, versteh schon. Aber ich hätt da grad so ein günstiges Angebot...
BETRIEBSRAT: Es ist ja nur wegen der Erhaltung der Arbeitsplätze!
CHEF: Wegen der Aufrechterhaltung der Arbeitshetze, ja ja, aber ich hätt da so ein günstiges Angebot, wissen sie...
BETRIEBSRAT: Ich könnt vielleicht mit meinem Betriebsratskollegen von den Ö-Werken reden daß der mit der Geschäftsführung
CHEF: No ja, wenn sie mir ein besseres Angebot machen können, bitte. Aber können sich denn die Ö-Werke auf die Dauer das leisten
BETRIEBSRAT: Wissen Sie, wenn wir Österreicher alle zusammenstehen, dann werden wir uns im scharfen Wind der internationalen Konkurrenz schon durchsetzen. Selbstverständlich wird mein Kollege bei den Ö-Werken dann auch bei der nächsten Lohnrunde die Kollegen auf ihre Verantwortung für die gesamtwirtschaftlichen Probleme hinweisen.
CHEF: Ja, wenn das so ist ... Wissen Sie, ich muß ja auch meine österreichische Qualität anbringen, konkurrenzfähig sein, mein ich. Wenn sie da auch auf unsere Mitarbeiter in diesem Sinne einwirken könnten, bei der nächsten Lohnrunde wär ich Ihnen sehr dankbar. Schaun Sie, wir müssen ja sowieso alle unseren Konsum einschränken, um die Importe unter Kontrolle zu halten. Sie wissen ja, wie groß unsere Probleme mit der Handelsbilanz sind.
BETRIEBSRAT: Moment, das mit der Handelsbilanz, das hätt ja ich Ihnen als Argument.. Na is ja egal, in diesem Sinne also, ja zu A, Herr Chef!
CHEF: Ja, Ja, is schon recht. Und wenn Sie was brauchen, Sie wissen schon, meine Tür is immer offen!

Nun, ein solcher Betriebsrat mag vielleicht die Idealvorstellung von Janton und Jadolf sein, die der Arbeiter ist er sicher nicht.
Weder Janton noch Jadolf, noch die Gesellschaft "Made in Austria" werden die Österreichische Arbeiterschaft dazu bringen können, zum ständigen Reallohnverlust "Ja zu A" zu sagen. Sie werden sie nicht dazu bringen können, zugunsten der österreichischen Exportoffensive "mehr zu arbeiten, ohne daß höhere Kosten entstehen" Sie werden ihnen auch nicht weismachen können, daß sie in den österreichischen Unternehmern bessere Verbündete haben als in den gelben, braunen und schwarzen Arbeitern.
Was sie können? Sie können uns am A. (sj)